



1/2025

Handelspolitik und Blockbildung

- Überlegungen zur Aussenhandelsfixierung der Schweiz
von Paul Ruppen S. 1
- MAGA und MEGA
von Gerald Oberansmayr S. 5

Neutralité; Bodenschätze Ukraine

- Buchbesprechungen S. 9
- Neutralité p. 13
- Die Bodenschätze der Ukraine
von german-foreign-policy.com S. 17
- Kurzinfos S. 19



edito

Mit wehenden Fahnen wollen die Grünen und die SP sich – in den vom neuen Rahmenvertrag abgedeckten Bereichen – unter die wirtschaftspolitische, neoliberale Fuchtel der EU begeben. Dort werden Regeln ademokratisch in dunkelsten Dunkelkammern entwickelt und dann durchgesetzt. Überprüft wird deren Umsetzung in letzter Instanz durch ein Gericht, das erwiesenermassen sehr parteiisch ist und die Interessen der EU vertritt. Begründung bei den Grünen: «Das imperiale Grossmachtgehabe von Trump, Putin und Xi Jinping stellt die Welt und die Aussenpolitik aktuell auf den Kopf. Umso wichtiger ist es für die Schweiz, dass sie ihre Beziehungen zur EU vertieft und nicht torpediert.» und «Die Antwort auf die gefährliche Unordnung von Donald Trump ist eine enge Zusammenarbeit mit der EU, wo weiter Demokratie, Völkerrecht und Menschenrechte verteidigt werden», sagt Lisa Mazzone, Präsidentin der GRÜNEN Schweiz¹⁾. Die Aussage von Lisa

¹⁾<https://gruene.ch/medien/mitteilungen/weg-frei-fuer-die-bilateralen>.

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöheln. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder

Mazzone zeugt von völligem Fehlen konkreten Wissens bezüglich der EU, die nicht im Ernst als demokratisch zu bezeichnen ist und die die Demokratie in den Mitgliedstaaten durch Kompetenzentzug weitgehend ausblutet. Völkerrecht und Menschenrechte verteidigt die EU, wenn es passt. Zuletzt ist die EU durchaus ein imperialistische Grossmachtprojekt, was Aussagen von EU-Vertretern zur Genüge belegen. Die SP ihrerseits ist etwas weniger hochtrabend: Sie spricht von einem «umfassendes Paket zur Stabilisierung der Beziehungen mit der EU – ein Schritt, der angesichts der aktuellen internationalen Lage umso bedeutsamer ist.»²⁾ Besonders anspruchsvoll bezüglich Demokratie und demokratischer Kontrolle von Wirtschaftspolitik tönt das nicht.

Paul Ruppen

²⁾<https://www.sp-ps.ch/artikel/bilaterale-iii-umfassendes-paket-zur-stabilisierung-der-beziehungen-liegt-vor/>

über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direkte demokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2025 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Sie ersparen uns damit einen Brief im Herbst. Wir arbeiten gratis. Wie wäre es, wenn jede Leserin oder Leser uns je einen Abonnenten, eine Spenderin oder ein Mitglied sucht? Sie könnten sich z.B. auch als Lektorin oder Lektor einbringen.

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page <https://www.europa-magazin.ch> – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar. Dort kann man mit Stichworten auch in den Texten suchen, um alle Artikel mit dem entsprechenden Stichwort aufzufinden.

Zu Werbezwecken können Sie bei uns alte Nummern (Papierversion) bestellen.



Dauerhafte Aussenhandelsüberschüsse machen weder bezüglich Wohlstand noch bezüglich Umwelt einen Sinn.

Überlegungen zur Aussenhandelsfixierung der Schweiz

Die Schweiz ist sehr aussenhandelsfixiert. Aussenhandelsüberschüsse erfüllen viele offenbar mit Stolz: man fühlt sich gut, weil «man» konkurrenzfähig ist. Wirklich sinnvoll sind dauerhafte Aussenhandelsdefizite allerdings nicht: sie führen dazu, dass Geldmassen in spekulativen Höhen herumflottieren, investiert werden (um noch mehr Überschüsse zu produzieren) oder im Ausland investiert werden (was letztlich für die Investoren nur wieder Geld produziert). Dadurch gehen auch die Vermögens- und Einkommensschere in der Schweiz auseinander. Ausgeglichene Handelsströme führten demgegenüber zu mehr Gütern und Dienstleistungen oder weniger letztlich sinnloser Arbeit in der Schweiz. Zudem wird durch Aussenhandelsüberschüsse der Bedarf an Fachkräften verschärft, was zu den bekannten Folgen (Druck auf Landschaft, auf Infrastrukturen, Wohnraum¹⁾) führt, ohne dass ein entsprechender Zugewinn an wirklichem Wohlstand erfolgt.

Von Paul Ruppen

Es ist offensichtlich, dass Aussenhandelsüberschüsse mit entsprechenden Aussenhandelsdefiziten der Handelspartner einhergehen müssen. Auf die Dauer ist es nicht nachhaltig, wenn manche immer Überschüsse und manche immer Defizite produzieren. Ziel einer sinnvollen Handelsstrategie muss ein ausgeglichener Aussenhandel sein: mittelfristig sollten sich Defizite und Überschüsse ausgleichen. Stattdessen ist die Politik der Schweiz zulasten anderer Politikfelder allzu sehr auf die Beibehaltung von Aussenhandelsüberschüssen ausgerichtet: entsprechend macht man Bücklinge in alle Richtungen. Man biedert sich Trump, den Chinesen und der EU (Rahmenabkommen 2) an, und ist dazu im Falle der EU bereit, auf Demokratie im Inland zu verzichten. Das erklärt sich nur durch machtpolitische Ungleichgewichte in der Schweiz: obwohl der Binnenmarkt in der Schweiz weit mehr Arbeitsplätze schafft als die Exportindustrie, ist die Wirtschaftspolitik in der Schweiz vorrangig auf die Exportwirtschaft ausgerichtet.

Ein Blick in die Aussenhandelsstatistik der Schweiz zeigt folgendes²⁾:

Jährliche Aussenhandelsergebnisse

Jahr	Mrd. CHF		
	Exporte	Importe	Saldo
2012	201	177	24
2018	233	202	31
2019	242	205	37
2020	225	182	43
2021	260	201	58
2022	278	235	43

¹⁾ s. Werner Vontobel, 19. März 2025, Mietmisere zeigt – wir haben das falsche Wirtschaftsmodell, <https://makroskop.eu/11-2025/mietmisere-zeigt-wir-haben-das-falsche-wirtschaftsmodell/> oder in <https://www.infosperber.ch/wirtschaft/mietmisere-zeigt-wir-haben-das-falsche-wirtschaftsmodell/>, etc.)

²⁾ Jahresbericht Schweizer Aussenhandel 2022 (<https://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/themen/schweizerische-aussenhandelsstatistik/publikationen/jahresberichte.html>)

Dies ergibt in den zehn Jahren einen Aussenhandelsüberschuss von 236 Milliarden. Für diese Ausfuhren erhält man Geld, oft in Dollar, da Dollar die internationale Reserve- und Zahlungswährung ist. Die Dollars werden von den USA «gedruckt» (d.h. vor allem per Computer erzeugt) und die USA kaufen mit dem geschaffenen Geld Güter und Dienstleistungen. Mit den 236 Milliarden werden dann z.B. US-Anleihen gekauft oder das Geld wird in den USA investiert. So kaufte die Schweizerische Nationalbank in den letzten Jahren US-Anleihen von 30 bis 40 Milliarden Dollar pro Jahr, bisher insgesamt 300 Milliarden Dollar, was ca. 40 % der gesamten Währungsreserven der Schweiz entspricht. Die kumulierten Direktinvestitionen der Schweiz in den USA beliefen sich auf 300 Milliarden Dollar (2020)³⁾.

Die Rolle des Dollars und Aussenhandelsdefizite der USA

Auf diesem Hintergrund zeigt sich auch, wie quer zu den Fakten die Aussagen Trumps liegen, US-Aussenhandelsdefizite würden eine Ausbeutung der USA darstellen. In der Tat profitieren die USA seit Jahrzehnten von der Rolle des Dollars als Reserve- und Rechnungswährung. Die US-



Notenbank Fed schätzt, dass etwa 950 Milliarden Dollar ausserhalb der USA unterwegs sind, um vor Ort als Zahlungsmittel zu dienen. Weltweit stellen Exporteure ihre Rechnungen in Dollar aus. Die USA sind nur an 10 % der weltweiten Handelskontrakte beteiligt und doch werden 40 % des globalen Warenverkehrs in Dollar abgewickelt⁴⁾. Wer Dollar will, muss Güter oder Dienstleistungen in die USA verkaufen. Die USA

³⁾ <https://www.eda.admin.ch/countries/usa/de/home/vertretungen/botschaft-washington/aufgaben/wirtschaft-finanzen/swiss-direct-investment-in-the-united-states.html>

⁴⁾ Ulrike Herrmann, Trumps Rechenfehler, Le Monde diplomatique, April 2025, S. 11



können das Geld für den Kauf dieser Güter «drucken», d.h. das Gros aus dem Nichts per Computer schaffen. Sie können also Güter einführen, für die sie nicht arbeiten müssen. Dies führt dann zu den bekannten US-Aussenhandelsdefiziten der USA, die seit 1975 ohne Unterbruch jährlich angehäuft werden.

Zudem profitieren die USA davon, dass die US-Aussenhandelsdefizite teilweise durch den Kauf von US-Staatsanleihen ausgeglichen werden. Die EU-Länder z.B. halten insgesamt für 1800 Milliarden US-Staatsanleihen. Die Zinsen dieser Bonds sind gewöhnlich tief: Die USA können sich also billig verschulden.

Die Rolle des Dollars hat für die USA allerdings auch Nachteile: Produkte, die man nicht selbst produziert, werden nicht im eigenen Land erzeugt: in den betroffenen Bereichen fehlen nachher Produktionskapazitäten und entsprechend spezialisierte Arbeitskräfte müssen anderswo Arbeit suchen (Probleme des Rustbelts!). Allerdings können die USA das Handelsdefizit nur reduzieren, wenn sie auf die Rolle des Dollars als dominante Währung verzichten.

Langfristig macht es allerdings keinen Sinn, den US-Amerikanern zu erlauben, auf Kosten des Restes der Welt zu leben. Von einer ausgeglichenen Handelsbilanz würden zudem auch manche Kreise in den USA profitieren. Deshalb unterstützen gewisse Gewerkschaften denn auch die unsinnige Zollpolitik Trumps. Es stellt sich die Frage, wie ein System aussehen könnte, das

- (1) es den Ländern erlaubt, eine eigenständige Wirtschaftspolitik mit Vollbeschäftigung zu verfolgen,
- (2) das mittelfristig und durchschnittlich zu Handelsbilanzgleichgewichten zwischen den Ländern führt und
- (3) das es Ländern aufzuholen erlaubt, die mehr materielle Entwicklung für eine gute Grundversorgung ihrer Einwohner benötigen.

Die Clearing-Union von Keynes

Bereits im Jahr 1944 wurde ein Konzept formuliert, das manche der obigen Ansprüche an ein besseres Währungssystem erfüllt⁵⁾. Der Urheber dieses Planes war der britische Ökonom John Maynard Keynes⁶⁾. Er stellte seine Ideen an der Bretton-Woods-Konferenz, an der die Währungsordnung der Nachkriegszeit beschlossen wurde, der internationalen Öffentlichkeit vor. Leider konnte sich sein Projekt gegenüber den US-amerikanischen Vorschlägen nicht durchsetzen, so dass die Nachkriegswelt mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vorliebnehmen musste.

Keynes' Ideen sind bestechend einfach, wurden jedoch während langer Zeit vergessen. Aufgrund des Scheiterns der bekannten Währungssysteme leben Keynes' Vorschläge jedoch immer wieder auf. Im Zentrum steht die Schaffung einer neuen Währungseinheit, welche alle Währungen der Länder als internationales Zahlungs- und Reservemedium ablöst. Die neue Geldeinheit, zum Beispiel Bancor genannt, ist eine reine Verrechnungsrösse und zirkuliert nur zwischen

den Zentralbanken und der neu geschaffenen Internationalen Clearing-Union. Die Länderwährungen werden beibehalten. Bei Einführung des Bancor kann jedes Mitgliedsland den Wert seiner Landeswährung gegenüber dem Bancor frei festlegen. Nachher stehen die Wechselkurse jedoch fest, können aber je nach Bedarf (siehe unten) angepasst werden.

Der internationale Zahlungsverkehr wird neu geregelt. Zahlungsströme zwischen den Ländern laufen alle über die Zentralbanken, welche Forderung und Verpflichtungen an die Internationale Clearing-Union (ICU) melden. Diese verrechnet alle Forderungen und Verpflichtungen der Mitgliedsländer (sogenanntes Clearing) in Bancor. Die Saldopositionen der einzelnen Länder stellen dann Bancor-Guthaben (bei Überschussländern), welche die Funktion von internationalen Reserven übernehmen, oder Bancor-Schulden (bei Defizitländern) dar, die als Kredite der ICU an die Defizitländer zu verstehen sind.

Folgendes, rein fiktives Beispiel soll die theoretisch vielleicht schwierig zu verstehende Materie etwas erhellen. Teilnehmende Länder legen den Wert ihrer Währungen gegenüber dem Bancor fest. Portugal, Deutschland und Grossbritannien sollen als Beispiel dienen. Portugal (10 Esc = 1 Bancor), Deutschland (2 DM = 1 Bancor) und Grossbritannien (1 £ = 1 Bancor) bestimmen den Wert ihrer Landeswährungen zum Bancor, so dass folgende Wechselkursrelation entsteht: 10Esc = 2DM = 1£ = 1Bancor). Drei Transaktionen sollen untersucht werden:

(1) Ein deutsches Auto im Wert von 10'000 DM wird nach Portugal exportiert. Der portugiesische Importeur muss aufgrund der Wechselkursrelation 50'000 Escudos bezahlen. Er tut dies bei seiner portugiesischen Geschäftsbank. Diese zahlt denselben Betrag an die portugiesische Zentralbank. Die Zentralbank meldet die Zahlungsverpflichtung von 50'000 Escudos der ICU, welche den Betrag von 5'000 Bancor der portugiesischen Zentralbank belastet und der Deutschen Bundesbank gutschreibt. Letztere überweist den Betrag von 10'000 DM an die Geschäftsbank des deutschen Autoexporteurs, der somit seine Zahlung erhält. Die Transaktion bewirkt, dass Portugal in den Büchern der ICU eine Belastung von 5'000 Bancor erhält, während Deutschland der gleiche Betrag gutgeschrieben wird (vgl. Kasten).

(2) Ein portugiesischer Weinexporteur liefert Wein im Wert von 10'000 Escudos nach Grossbritannien. Die Zahlung der Lieferung erfolgt analog zur 1. Transaktion. im Rahmen der

⁵⁾ Die Ausführungen unter diesem Titel folgen Ausführungen von Beat Achermann im EM 2/96.

⁶⁾ 1980, Collected Papers, Bd. 25, London: Macmillan.



ICU erhält Grossbritannien somit eine Lastschrift von 1'000 Bancor (1'000 £ = 10'000 Esc = 1'000 Bancor) und Portugal eine Gutschrift über dieselbe Summe (vgl. 2. Transaktion im Kasten).

(3) Grossbritannien exportiert Stahl für 2'000 £ nach Deutschland, womit die ICU Deutschland mit 2'000 Bancor belastet und Grossbritannien 2'000 Bancor gutschreibt (vgl. 3. Transaktion im Kasten).

1. Transaktion			
Bilanz der ICU (in Bancor)			
Portugal:	5000	Deutschland:	5000
2. Transaktion			
Bilanz der ICU (in Bancor)			
Grossbritannien:	1000	Portugal:	1000
3. Transaktion			
Bilanz der ICU (in Bancor)			
Deutschland:	2000	Grossbritannien:	2000
Ergebnis aller drei Transaktionen			
Bilanz der ICU (in Bancor)			
Portugal:	4000	Grossbritannien:	1000
		Deutschland:	3000
Total:	4000	Total:	4000

Um das Gesamtergebnis aller drei Transaktionen zu erhalten, muss die Verrechnung (Clearing) erfolgen. Die Saldopositionen der drei Länder sehen wie folgt aus: Portugal hat ein Handelsdefizit von 4'000 Bancor erzielt, währenddem Grossbritannien und Deutschland Überschüsse von 1'000 bzw. 3'000 Bancor erwirtschafteten. Es ist auch ersichtlich, dass Portugal sein Defizit durch einen Kredit der ICU finanziert, was nur aufgrund der Überschüsse der anderen beiden Länder möglich ist.

Entscheidend ist nun, wie der aussenwirtschaftliche Ausgleich der einzelnen Länder bewerkstelligt wird. Um die Nachfrage zwischen den drei Ländern zu stimulieren, muss darauf verzichtet werden, Portugal unter Rückzahlungsdruck zu setzen. Ein Land, das Schulden abzahlen muss, kann nicht mehr Güter und Dienstleistungen einkaufen, wodurch die internationale Nachfrage sinkt. Vielmehr müssen Deutschland und Grossbritannien dazu gebracht werden, ihre Überschüsse zu verwenden, indem sie Güter aus Portugal kaufen. Tun sie dies nicht, so sollten sie wenigstens Direktinvestitionen in Portugal tätigen, damit über langfristige Kapitalflüsse ein Ausgleich erfolgt. Erfolgt dies nicht, so kann die ICU die Guthaben von Grossbritannien und Deutschland streichen oder mit jährlichen, steigenden Strafzahlungen versehen, die an Portugal ausgezahlt werden, womit gleichzeitig Schulden von Portugal getilgt werden. Dieser Schritt stellt eine neue Form von Finanzausgleich oder Auslandhilfe dar.

Das dargestellte Währungssystem besitzt die positive Eigenschaft, die Beschäftigung zu fördern, indem Überschuss- und Defizitländer nicht zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik gezwungen werden. Durch die Ausschaltung der Devisenmärkte mit ihren kurzfristigen Spekulationsbewegungen werden zudem stabile, geordnete Währungsverhältnisse geschaffen. Die Wechselkurse können nur unter Absprache zwischen der ICU und den betroffenen Ländern geändert werden. Dabei sollten die unterschiedlichen Inflationsraten als Richtschnur dienen, damit die Kaufkraftparität – die besagt, dass Wechselkursbewegungen dafür sorgen sollen, dass gleiche Güter in allen Ländern ungefähr gleich viel kosten – zum Tragen kommt.

Wird die ICU in einem Wirtschaftsraum eingeführt, so müssen die Währungsbeziehungen zu Drittländern geregelt werden. Am besten wäre wohl, wenn die Zahlungsströme zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern über die ICU laufen, welche die dafür notwendigen Devisen bereithalten soll. Aufgrund der vielen positiven Eigenschaften des Systems kann zudem erwartet werden, dass sich immer mehr Länder der ICU anschliessen, weshalb eine Expansion des Systems in weitere Teile der Welt nicht ausgeschlossen werden kann.

Aus technischer Sicht ist die Schaffung einer ICU problemlos zu bewerkstelligen, kennt man doch viele Clearing-Systeme im Zahlungsverkehr auf nationaler und internationaler Ebene, die hervorragend funktionieren. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob die politische Einsicht wächst, dass nur durch eine fundamentale Neugestaltung der Währungsbeziehungen Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

Wie können ärmere Länder aufholen?

Das Modell von Keynes könnte zwei der oben erhobenen Forderungen erfüllen: (1) es erlaubt den Ländern, eine eigenständige Wirtschaftspolitik mit Vollbeschäftigung zu verfolgen, (2) es führt zu mittelfristig durchschnittlichen Handelsbilanzgleichgewichten zwischen den Ländern. Die Forderung (3), dass das Modell Ländern aufzuholen erlaubt, die mehr materielle Entwicklung brauchen, im Ihren Bewohnern eine gute Grundversorgung zu bieten, ist nicht unbedingt erfüllt. Dazu noch eine Zusatzüberlegung.

Internationaler Handel wird oft die Theorie des komparativen Kostenvorteils von Ricardo⁷⁾ begründet, die besagt, dass die Vorteilhaftigkeit des Handels zwischen zwei Ländern nicht

von den absoluten Produktionskosten abhängt. Ein Land exportiert ein Produkt also nicht, weil die Produktion des Produktes im anderen Land teurer ist. Austausch erfolgt gemäss der Theorie der komparativen Kosten, wenn die

⁷⁾ David Ricardo, 1772 - 1823, britischer Wirtschaftswissenschaftler



Produktionskostenverhältnisse von zwei Produktion in den zwei Ländern umgekehrt sind: wenn die Produktion des Produkts X im Land A mehr kostet als die Produktion von Produkt Y und im Land B die Produktion von Y mehr kostet als die Produktion von X, dann erfolgt Austausch. Die Gründe dafür können an einem Beispiel deutlich gemacht werden.

Gut	Land A	Land B
1 l Wein	3 Fr.	7 Fr.
1 m Tuch	5 Fr.	6 Fr.

Produziert Land A beide Güter selbst, kostet ihm das 8 Franken. Produziert Land B beide Güter selbst, kostet ihm das 13 Franken. Produziert Land A aber für beide Wein, kostet ihm das 6 Franken und produziert das Land B für beide Tuch, kostet ihm das 12 Franken. Damit können beide Länder Geld sparen, wenn sie das relativ günstigere Gut für beide produzieren. Land A spart 2 Franken, Land B 1 Franken. Zu beachten ist, dass die Produktion beider Güter im Land A günstiger wären!

Die Theorie der komparativen Kostenvorteile erklärt, wieso Handel in den Augen der Beteiligten von unmittelbarem Vorteil sein kann. Langfristig und volkswirtschaftlich sieht die Sache allerdings anders an. Die Produktion von Gütern erfordert jeweils andere Güter. Die Auswirkungen einer Produktion auf die restliche Volkswirtschaft eines Landes werden «Ringeffekte» (spin-off-effects) genannt⁸⁾. Die Produktion von Wein und die Produktion von Tuch haben unterschiedliche Ringeffekte. Wein schneidet diesbezüglich schlechter ab als die Tuchproduktion, besonders wenn verschiedene Güter, die für die Weinproduktion verwendet werden, (wegen komparativer Kostenvorteile) importiert werden (z.B. Maschinen) und dies bei der Tuchproduktion nicht der Fall ist. Vielfältige Ringeffekte haben zusätzlich auch gesellschaftspolitische Vorteile (z.B. das Bedürfnis nach gut ausgebildeten Arbeitskräften und guten Schulen; politische Auswirkungen gut ausgebildeter Fachkräfte, etc.).

Wünscht man einen Handel, der auf die Länder ähnliche Auswirkungen hat und damit langfristig eine weltweit ausgewogene Entwicklung erlaubt, so muss man bei einem Handelssystem die Ringeffekte der Produktion der ausgetauschten Produkte berücksichtigen und entsprechende Handlungsmöglichkeiten erlauben. Im oben entwickelten keynesschen System könnte man entsprechend z.B. einem Land Zölle für gewisse Produktgruppen erlauben, um Wirtschaftssektoren zu stärken. Solche Zölle müssten immer zeitlich begrenzt sein, wobei die Fristen von Anfang zu kommunizieren und dann auch einzuhalten sind. Eine weitere Möglichkeit besteht darin,

⁸⁾ Die hier geäußerte Kritik an der Idee, dass die Theorie der komparativen Kostenvorteile begründe, dass Freihandel automatisch im Interesse aller ist, wurde erstmals von Friedrich List, deutscher Volkswirtschaftler, 1789 – 1846, entwickelt und dann von Entwicklungstheoretikern und Friedensforschern in den 70er Jahren wieder aufgegriffen, z.B. von Dieter Senghaas (1977), Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

dass Strafzahlungen (s.o.) z.B. ins Schulsystem und Fachkräfteausbildung schwächerer Länder fließen könnten. Hier wäre sachgerechtes, ökonomisches Wissen gefragt, das z.B. Messmethoden für Ringeffekte entwickelt und angemessene Massnahmen vorschlägt.

Engagement für ein gerechteres Handelssystem statt Unterwürfigkeit

In der Präambel der Schweizerischen Bundesverfassung vom 1999 steht so schön: Man gibt sich die Verfassung

«im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken,

im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen»

Es ist auf Grund der obigen Ausführungen klar, dass die Politik der Handelsüberschüsse nicht in diesem Sinne ist. Sie gefährdet Demokratie und Unabhängigkeit (siehe Rahmenabkommen 2). Sie ist mit der restlichen Welt nicht solidarisch. Statt letztlich sinnlose Aussenhandelsüberschüsse mittels Unterwürfigkeit bezüglich der EU, Trump und China zu fördern, sollte die Schweiz auf ein gerechteres internationales Handelssystem drängen. Das wäre auch zum Nutzen der Schweiz: statt sinnlosem Wachstum, Druck auf die Landschaft, auf die Umwelt, den Wohnungsmarkt, statt Förderung des Dichtestresses – mehr realer Wohlstand. Zudem würde dadurch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen durch einen schonenderen Umgang mit Landschaft, Natur und demokratischen Institutionen wahrgenommen. ■

Kurzinfo

Wer kontrolliert die EU?

Die EU-Kommission überwacht die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten – wenigstens bei Staaten, die sich EU-kritisch geben – und kann die Nichteinhaltung der Vorschriften sogar durch die Einbehaltung von EU-Mitteln sanktionieren. Aber wer kontrolliert, wie die EU-Institutionen selbst die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten? Bis vor kurzem niemand! Doch nun hat ein Bericht von Wissenschaftlern aus ganz Europa zum ersten Mal untersucht, wie die EU-Organe ihre eigenen Standards einhalten.

Der Hauptkritikpunkt des Berichtes ist, dass sich die EU-Organe nur selten, wenn überhaupt, der Art von Bewertung unterziehen, die sie bei den Mitgliedstaaten durchführen. Sie entziehen sich im Wesentlichen einer unabhängigen Prüfung. Diese Ergebnisse zeigen, dass regelmäßige unabhängige Überprüfungen der EU-Institutionen dringend notwendig sind. People's news, No. 272: 15. Februar 2025, www.people.ie. CEU, Democracy Institute Rule of Law Clinic, Rule of Law beyond the EU Member States: Assessing the Union's Performance (Central European University Democracy Institute, 2024). <https://european correspondent.us10.list-manage.com/track/click?u=19daf3198c539f852c01e4e6e&id=913e401c7c&e=27c272726d>



Ein Diskussionsanstoß.

MAGA und MEGA

Der Enthemmung von Gewalt und der Durchsetzung der Macht des Stärkeren, wie sie für den Faschismus charakteristisch war, wurden nach 1945 eine Reihe von Fesseln auferlegt: Vereinte Nationen und Völkerrecht, Menschenrechte, starke ArbeiterInnenbewegung, Sozialstaat, antikoloniale Befreiungskämpfe. Die Verrechtlichung sowohl im Inneren der Staaten als auch in den internationalen Beziehungen liess – trotz vieler Rückschläge – die Hoffnung gedeihen, dass ein neues Niveau der Zivilisiertheit erreicht werde, in dem Konflikte kooperativ, auf der Basis von anerkannten Rechten, Souveränität und Gleichheit lösbar seien. Tatsächlich waren und sind das grosse Errungenschaften, die fortauern und gerade angesichts der Klimakrise dringender denn je werden.

von Gerald Oberansmayr*

Doch gleichzeitig scheuerte dieser Prozess fortwährend an der kapitalistischen Wirklichkeit. In ihr zählen Konkurrenz, Überlegenheit, Stärke. Die machtpolitische Einhegung des Kapitalismus geriet mit dem Ende der Nachkriegsordnung von Bretton Woods, dem Aufstieg des Neoliberalismus, der Implosion des Sozialismus sowjetischer Prägung ins Wanken. Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Demokratie wurden zunehmend durch ein anderes Mantra abgelöst: Wettbewerbsfähigkeit, Markteroberung und Standortsicherung. General Klaus Naumann, damals Viersterne-General der deutschen Bundeswehr, wusste die „Zeitenwende“, die mit der Entstehung der EU verbunden ist, folgendermaßen zu charakterisieren: „Es gelten nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen“⁽¹⁾.

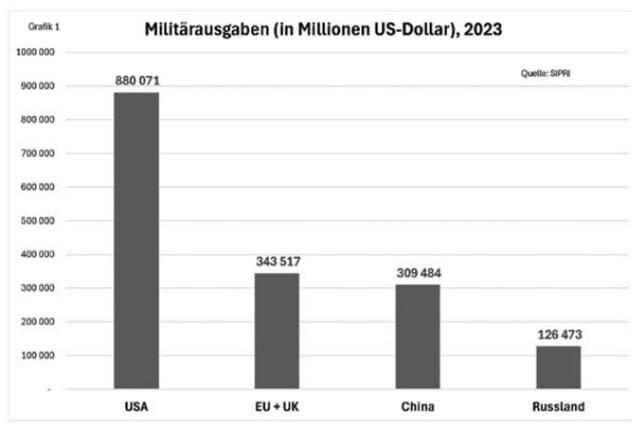
Eine Weltmacht zeichnet sich durch eine überlegene Militärmacht und Dominanz industrieller Macht aus. Das galt für das Britische Empire im 19. Jahrhundert, das galt auch für die USA nach dem 2. Weltkrieg. Heute bietet sich dagegen ein widersprüchliches Bild: Die USA haben mit 36 Prozent der globalen Militärausgaben die zwar klar überlegenen Streitkräfte (sh. Grafik 1, Quelle SIPRI), sind aber industriell schon länger am absteigenden Ast. Das drückt sich in einer immer stärker negativ werdenden Leistungsbilanz aus. 2023 machte das Leistungsbilanzdefizit bereits mehr als 900 Milliarden US-Dollar aus. Jedes andere Land würde angesichts dieser desaströsen

Leistungsbilanz schon unter IWF-Kuratel stehen. Die USA können sich das leisten, weil der US-Dollar (noch) als Weltgeld fungiert. Die Dollars, die über den Warenimport hinauswandern, wandern über den Kapitalimport wieder herein oder werden als Transaktionsmittel für den internationalen Handel bzw. als Devisenreserven nachgefragt.

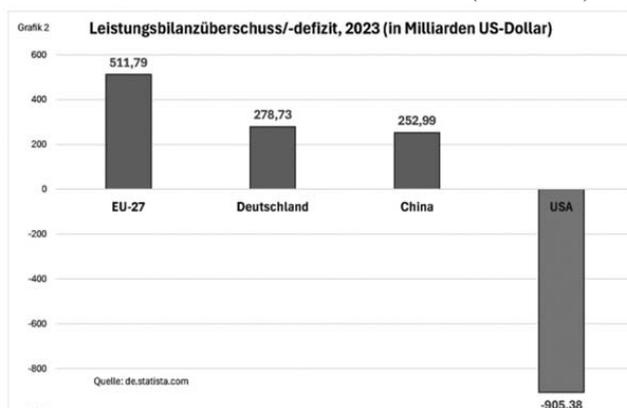
Die superiore Position des Dollars beruht nicht mehr auf einer überlegenen Produktivität der eigenen Wirtschaft, sondern auf militärischer Stärke. Nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods konnte der Dollar seine Rolle als globale Leitwährung aufrechterhalten, weil der Grossteil der internationalen Erdölgeschäfte in Dollar fakturiert wurde. Mit ihrer militärischen Macht und ihren Kriegen vor allem im Nahen und Mittleren Osten zielten die USA darauf ab, die Kontrolle über den Erdölhandel abzusichern. Dollar und Pentagon sind die sich gegenseitig stützenden Pfeiler der US-Weltmacht: Ohne Militär keine Dollarhegemonie, ohne Dollarhegemonie keine Finanzierung des gewaltigen Rüstungsetats. Aber die Hegemonie bekommt Sprünge: China stieg in den letzten beiden Jahrzehnten fulminant auf; die BRICS-Staaten versuchen zunehmend, ihren Handel unter Umgehung des Dollars abzuwickeln. Der Anteil des Dollar an den Weltwährungsreserven ist von 71 Prozent im Jahr 1999 auf 58 Prozent (2024) gesunken.

EU: Harte Währung braucht hartes Militär

Gegenteilig schaut die Situation in der EU aus. Mit über einer halben Billion Dollar ist die Leistungsbilanz des Euro-Raums hochpositiv. Der Überschuss ist doppelt so hoch wie der Chinas, alleine Deutschland hat einen Leistungsbilanzüberschuss, der den der VR China übertrifft (sh. Grafik). Die



*<https://www.solidarwerkstatt.at/demokratie-politik/maga-und-mega>
¹⁾ Der Spiegel, 18.1.1993





EU und hier wieder vor allem Deutschland sind extrem exportlastig. Zur Sicherung der Absatzmärkte und der Rohstoffe hat die EU Freihandel und Kapitalverkehrsfreiheit nicht nur nach innen sondern auch nach außen zur Maxime erklärt und versucht, diese mit einer Vielzahl von neoliberalen Freihandels- und Assoziationsverträgen festzuzurren. Wo sich dem Widerstand entgegenstellt, wird mit Krieg, Anzetteln von Bürgerkrieg oder Unterstützung von – je nach Situation – Jihadisten oder Rechtsextremen nachgeholfen: im Balkan, Libyen, Syrien oder in der Ukraine hat der aggressive Export eines neoliberalen Regimes die blutigen Konflikte mitverursacht.

Der Euro ist eine im Grunde zutiefst dysfunktionale Währung, der die wirtschaftlichen Gräben und sozialen Unterschiede im Inneren der EU vertieft. Funktional ist er nur als politisches Projekt. Darauf wies schon der Urvater der Währungsunion, Helmut Schmidt, hin: „Der Euro ist primär keine ökonomische Veranstaltung. Der Euro ist eine strategische Veranstaltung. Er ist Teil des Aufbaus Europas in Etappen“²⁾. Doch es harzt auf dem Weg zu Weltgeld und Weltmacht. Darauf verwies schon Walther Stützle, seinerzeit Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium: „Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung“³⁾.

Zwar rüstet die EU gewaltig auf, seit 2014 um reale plus 42 Prozent, aber ein Mangel bleibt: Es fehlt ein zentrales Kommando über zentrale Streitkräfte mit einer kurzen Befehlskette. Solange bei Aussen-, Sicherheits- und Militärpolitik das Einstimmigkeitsprinzip herrscht, solange nicht eine EU-Armee einsatzbereit ist, kann das volle militärische Potential nicht eingesetzt werden. Erst dann kann „die Europäische Union ... ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden.“, wie Geostratege James Rogers (Group on a Grand Strategy) schon 2011 schrieb⁴⁾.

Rechtsextreme Agenden: MAGA und MEGA

Sowohl in den USA als auch in der EU sind Rechtsextreme an der Macht oder drängen dazu. In den USA soll der weitere Niedergang aufgehalten und umgekehrt werden, indem das überlegene Waffenarsenal ohne die Fesseln des Völkerrechts eingesetzt wird. Zwar hat man schon bisher das Völkerrecht mit Füßen getreten, aber man bemühte sich, dem Krieg einen „humanitären“, einem moralischen Anstrich zu geben. Jetzt genügt es einfach kapitalistische Interessen zu haben. Trump droht Gaza, Grönland, Panama mit der US-Armee – Immobilienspekulation, Rohstoffe und Handelswege reichen als Begründung aus. Über allem thront MAGA: „Make America great again!“ In diesem Sinn ist die Sympathie für den russischen Präsidenten Putin verständlich, der mit seinem Überfall auf die Ukraine ebenfalls demonstriert hat, dass ihn internationales Recht wenig kümmert.

²⁾ Zit. Nach „Rheinischer Merkur“, 30.1.1997

³⁾ Vortrag beim Symposium „Sicherheit, Menschenrechte & Stabilität in Europa und der NATO“, 28.6.1999, Haus der Industrie, Wien

⁴⁾ James Rogers/Simón Luis, The new ‘long telegram’, Group on a Grand Strategy, Nr. 1, 2011

Dass Trump und seine MAGA-Bewegung rechtsextrem sind, wird in Europa wenig bezweifelt. Aber ist die Agenda der EU-Kommission und der Machteliten der großen EU-Staaten eine andere? Will sie ihr wirtschaftliches Gewicht nicht ebenfalls durch einen ungehemmten Militarismus zur Geltung bringen? Superstaat, Supernation, Supermacht – das schreit ja geradezu nach MEGA: „Make Europe great again!“ Es ist kein Zufall, dass beim „Patriotentreffen“ rechtsextremer europäischer Parteien „Make Europe great again!“ die zentrale Losung war. „Macht Europa wieder gross“, erklärte dort FPÖ-Chef Herbert Kickl in einer Videobotschaft⁵⁾.

Aber sind diese MEGA-Fans nicht Feinde der EU? Das will man uns glauben machen. Aber schon 2017 trat die liberale französische Partei „En Marche“ mit dem Slogan „Make Europe great again!“ an. Im „strategischen Kompass“ haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs 2022 auf einen „Quantensprung“ bei der Aufrüstung verständigt, um die EU „zu einem geopolitischen Akteur der obersten Kategorie“ (EU-Außenbeauftragter Josep Borrell) zu machen. Im Januar 2025 hat der neue deutsche Kanzler Friedrich Merz in einer aussenpolitischen Grundsatzrede von „Epochenbruch“ gesprochen. Deren „strategischer Kern“: „Stärkung europäischer Souveränität“ durch „Wiederherstellung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit“⁶⁾. Das 800 Milliarden Extra-Aufrüstungsprogramm der EU bricht schließlich alle Dämme, um Europa MEGA zu machen.

Natürlich gibt es (noch) Unterschiede zwischen dem (neo)liberalen MEGA und demjenigen von rechtsausen. Da wird sogar eine „Brandmauer“ zwischen ihnen inszeniert. Doch diese dient eher dazu, zu verschleiern, dass man sich auf verschiedenen Wegen, ein unterschiedliches Publikum adressierend, dem gleichen Ziel nähert: einem aggressiven europäischen Militarismus mit Weltmachtsambitionen, einem europäischen „Imperium“ (O-Ton EU-Kommissionspräsident Barroso), das danach trachtet, seinen Leistungsbilanzüberschuss in (welt)politische Dominanz umzumünzen und die sozialen Gegensätze im Inneren aggressiv nach aussen zu

richten. Wächst zusammen, was zusammengehört? In der italienischen rechtsausen Regierung von Giorgia Meloni ist dieser Prozess schon weit gediehen.

MEGA und MAGA teilen dieselbe ideologische rechtsextreme Philosophie, machtpolitisch kommt man sich rasch in die Quere und treibt sich dadurch umso mehr gegenseitig an. Das hat man soeben bei der Münchner Sicherheitskonferenz erlebt.

⁵⁾ Kurier, 12.2.2025

⁶⁾ Außenpolitische Grundsatzrede von Friedrich Merz bei der Körber-Stiftung, 23.01.2025.



Wir brauchen eine Brandmauer, aber die richtige. Eine, die sich gegen Militarismus und Grossmachtswahn stellt, gegen den Hypernationalismus von „Make Europe great again!“, der die barbarischen Ideologien des Herrenmenschendünkels und des Sozialdarwinismus wieder nach oben spült.

Zusammenarbeit ist nötig

Diese Weltmachtsambitionen sind rückwärtsgerichtet und letztendlich zum Scheitern verurteilt. Der Aufstieg der Rechts-extremen ist aufhaltbar. Denn wenn auch die kapitalistische Konkurrenz derzeit zu eskalieren droht, gibt es auch mächtige Gegenbewegungen, die oft noch zu wenig wahrgenommen werden. 40 bis 50 Prozent des Sozialprodukts werden in unseren Gesellschaften in Form öffentlicher Ausgaben über den Staat umverteilt und speisen soziale Dienste und Infrastrukturen von Energie und Verkehr bis hin zu Bildung und Gesundheit. Diese – im weitesten Sinn – Solidarwirtschaft steht zwar immer noch unter der Dominanz der exportorientierten Kapitalwirtschaft, aber sie lässt sich nicht so leicht zurückdrängen, weil sie unverzichtbar für das Funktionieren einer komplexen Gesellschaft geworden ist. Diese Solidarwirtschaft ist die Grundlage sozialer Rechtsansprüche – und damit das Gegengift zur Ideologie des Sozialdarwinismus, wie er für Rechtsextremismus und Neoliberalismus kennzeichnend ist.

Die Welt ist verletzlich geworden. Die kapitalistische Wirtschaftsweise, die auf Verbrennung fossiler Energie, permanente Expansion, Konkurrenzkampf und Kriege gerichtet ist, gefährdet unser Überleben. Um einen Weg aus der atomaren Bedrohung, der sich abzeichnenden Klimakatastrophe, Biodiversitätskrise und schwindender Bodenfruchtbarkeit zu finden, brauchen wir dagegen: Kooperation – solidarisch,

Selbstbestimmung und Vielfalt respektierend. Die materiellen Grundlagen dieser Kooperation reifen heran, müssen zügig gefördert werden. Wir müssen den Automobilitätswahn hinter uns lassen, der eine der Grundlagen des industriellen Exportwahnsinns und der Klimakrise geworden ist. Mit einem Bruchteil der bisherigen Auto- (und Flieger)flotte können die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen besser befriedigt werden, wenn der öffentliche Verkehr, vom Hochgeschwindigkeitszug bis zum regionalen MikroÖV ausgebaut wird. Erneuerbare Energien, vor allem Wind- und Wasserkraft, sind ökologischer, viel dezentraler und egalitärer als Fossil- und Atomkraftwerke. Die Forcierung biologischer und regionaler Landwirtschaft ist nicht nur gesünder für Mensch, Tier und Boden, sie kann auch Grundlage einer weitgehenden Ernährungssouveränität sein, die auf neoliberale Handelsabkommen und tausende fossile Transport-Kilometer verzichtet. In allen Bereichen lassen sich die Konturen einer sozialökologischen und friedensorientierten Alternative ausmachen.

Eine Wirtschaftsweise, die das Primat des Niederkonkurrierens und Dominierens ersetzt durch das Primat der Kooperation ist vorstellbar und wird immer greifbarer. Das erfordert die Befreiung der Gesellschaft vom Diktat der Eigenkapitalrendite und der Rivalität der militärisch-industriellen Komplexe um die Vorherrschaft. Lasst uns zusammenarbeiten! – muss die Antwort auf MAGA, MEGA und andere Scheusslichkeiten eines kapitalistischen Konkurrenzregimes sein, das zu Hochrüstung und Krieg treibt. Diese Antwort muss in einem vielschichtigen politischen Kampf durchgesetzt werden. Die Hoffnung, dass uns das gelingt, ist begründet. Ein Scheitern können wir uns nicht leisten. ■

Kurzinfos

Widerstand gegen das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen

Die EU-Kommission will das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen bis Herbst 2025 ratifizieren lassen. Eigentlich ist es ein „gemischtes Abkommen“, das in jedem EU-Mitgliedsstaat in den Parlamenten eine Mehrheit finden muss, um in Kraft treten zu können. Da jedoch absehbar ist, dass es in einigen Mitgliedsstaaten – Frankreich, Polen, Irland, Österreich – keine Mehrheit findet, will die EU-Kommission einen undemokratischen Verfahrenstrick anwenden: Das Abkommen soll in einen Freihandelsteil und einen allgemein politischen Teil aufgespalten werden. Und der Freihandelsteil soll nach dem Willen der Kommission ausschließlich auf EU-Ebene beschlossen werden. Damit könnte der Widerstand in den nationalen Parlamenten ausgehebelt werden.

Großkonzerne gegen kleine Landwirtschaft

Bei einer Kundgebung in Linz wiesen VertreterInnen via Via Campesina in Reden darauf hin, dass vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft durch dieses Freihandelsabkommen noch stärker unter Druck kommen wird. Denn die kleinstrukturierte Landwirtschaft wird dem unfairen Wettbewerb mit den Exporten der Agroindustrie ausgeliefert. Billig-

rindfleisch, Soja, Zuckerrohr, Agrodiesel usw. aus Lateinamerika überschwemmen den heimischen Markt, hergestellt unter ökologisch und sozial prekären Bedingungen, gefördert durch massiven Pestizideinsatz. Die europäische Agrochemie-Industrie kurbelt den Export von Pestiziden nach Lateinamerika an, die zum Teil in Europa schon verboten sind, die in den Mercosur-Staaten LandarbeiterInnen und Böden vergiften – und über den Lebensmittel- und Futtermittelimport wieder auf unseren Tellern landen. Dadurch wird unsere Gesundheit und Ernährungssouveränität gefährdet.



Buchbesprechungen



Die blinden Flecken der Demokratie

Der Pädagoge Armin Groh legt «eine Entdeckungsreise in die politische Ideengeschichte» vor. Er lässt zwei Schüler und ihre Altersgenossen über die vielen unterschiedlichen Ansätze für eine demokratische Gesellschaft diskutieren.

In einem ersten Kapitel behandelt er das Thema «Freiheit und Demokratie». Er stellt dabei verschiedene Varianten des Liberalismus verschiedenen Auffassungen dessen gegenüber, was er «republikanische Tradition» nennt. Nach Locke, einem Urvater des Liberalismus, wird der Staat gegründet, um das Leben und das Eigentum seiner Bürger zu schützen. Dabei soll die Bevölkerung möglichst wenig Einfluss auf die Politik haben. Manche Liberale treten für ein Zensus-system ein (nur Reiche dürfen wählen), andere für einen reinen Parlamentarismus mit periodischen Wahlen, der zudem durch eine Verfassung in Zaum gehalten wird, wieder andere möchten, dass die Bürger nur einmal im Leben abstimmen dürfen (Friedrich August von Hayek): Gemäss Hayek sollte es in der Politik möglichst wenig Anreize geben, auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen.

Gemäss Republikanismus hingegen ist der Mensch auf Gemeinschaft angelegt und von der Gemeinschaft abhängig. Politische Gemeinschaft führt zu Freiheit, denn erst die Gemeinschaft kann Bindungen schaffen, die dem Einzelnen Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Eine Inspirationsquelle für den Republikanismus ist gemäss Groh die athenische Demokratie, in der politisch aktive Bürger angesehen waren. Die Gemeinschaft der Freien regierte durch eine Reihe basisdemokratischer Institutionen. Formen der direkten Demokratie werden im Buch nur am Rande erwähnt, hingegen spricht er bezüglich der republikanischen Tradition von der Arbeiterbewegung, welche politische Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft erhob.

Im zweiten Kapitel behandelt er das Thema «Eigentum und Demokratie». Privateigentum betrachtet er als das Recht zur absoluten Verfügungsgewalt über ein Gut. Das wiederholt er einige Male, obwohl schon der Begriff «Recht» darauf hinweist, dass Privateigentum etwas Gesellschaftliches ist. Die Verfügungsgewalt, die übrigens selten «absolut» ist, wird rechtlich abgesichert, in letzter Instanz durch Gerichte und Polizeigewalt. Er legt dann Argumente für Privateigentum sowie Argumente für eine Beschränkung des Privateigentums dar, wobei letzteres gemäss seiner Darlegung aber gar nicht mehr Privateigentum wäre, da nicht mehr «absolut». Recht ausführlich legt er Argumentationsmuster für Eigentum dar, die in irgendeiner Weise auf der Leistung von Personen gründen (Erstbesitznahme, Erwerb durch Arbeit oder Leistung), wobei darauf hinzuweisen wäre, dass solcher Eigentumserwerb immer in einem gesellschaftlichen Rahmen erfolgt und nur dauert, wenn er gesellschaftlich anerkannt wird. Wenig Gewicht gewährt er der Darlegung der Argu-

mentation von David Hume bezüglich gesellschaftlicher Nützlichkeit von Eigentumsordnungen, obwohl diese Idee durch die moderne Spieltheorie etliches an Munition erhalten hat (Problem der Übernutzung von Gemeingütern wie Versicherungen, Allmenden, Überfischung der Meere, etc.). In gewissen Konstellationen kann Privateigentum bezüglich Ressourcenschonung besser sein als Allgemeingut, in anderen kann es gerade umgekehrt sein. In dieser Tradition ist die Frage des Eigentums pragmatisch bezüglich des Gemeinwohls zu lösen.

Als Argumente für eine Beschränkung der Verfügungsgewalt über Eigentum werden grundlegende moralische Normen angeführt (man darf eine Waffe, die man sein Eigentum nennt, nicht dafür verwenden, einfach so Menschen zu erschiessen). Es gibt gemäss gewissen Autoren eine Pflicht zur Nothilfe (Thomas von Aquin, Peter Singer). Verfügungsgewalt ist durch die Rechte anderer eingeschränkt. Zuletzt gewährt übermässiges Eigentum in der Hand weniger diesen einen übermässigen Einfluss auf die Eigentumsordnung, zum Schaden anderer Mitbewohnerinnen und Bewohner eines Landes oder der Erde. Allgemein leidet die Darstellung von Armin Groh bezüglich Eigentum daran, dass er z.B. nicht zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und Eigentum an Alltagsgegenständen unterscheidet. Zudem wird nicht berücksichtigt, dass in modernen «Marktwirtschaften» 40 – 50 % der Wirtschaft eh staatlich gesteuert sind und dass ein Grossteil der Betriebe als Aktiengesellschaften organisiert sind. Hier von absoluter Verfügungsgewalt von Besitzenden zu sprechen ist eher wirklichkeitsfremd.

Ein weiteres Kapitel ist dem Thema «Demokratie und Wirtschaft» gewidmet. Er behandelt in diesem Zusammenhang vor allem Argumente für und wider den «freien» Markt. Hier erwähnt er dann, dass (1) Markt gesellschaftlich organisiert wird (Obligationenrecht, Antikartell-Gesetzgebung, etc.), (2) der Markt nur auf die Bedürfnisse von Kaufkraft eingeht und damit nicht kaufkräftige Bedürfnisse übergeht, (3) der Staat eine wichtige stabilisierende Wirkung hat (z.B. stabile Nachfrage; Gesetze bezüglich Rechten von Arbeitnehmern, Lohnschutz, etc.) und zudem für Innovation eine wichtige Rolle spielt (z.B. Finanzierung von Grundlagenforschung; Ausbildung und Bildung) und (4) ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Arbeit ausserhalb von Marktbeziehungen erbracht wird (Pflege, Haushaltsarbeit, Kinderbetreuung, etc.).

Bezüglich Wirtschaft und Demokratie im eigentlichen Sinne steht dann bei ihm wenig – ausser dass ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens (nämlich die Wirtschaft) wenig, in wichtigen Teilen gar nicht demokratisch organisiert ist und dass die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen die demokratischen Teilnahmemöglichkeiten beeinflussen. Als mögliche Alternativen zur undemokratischen Organisation der Wirtschaft werden die demokratisch kontrollierte Steuerung der Volkswirtschaft (Regulierung von Unternehmen,



ausgebauter Lohnschutz, Ausbau des Service Public (Wasser, Gesundheit, Rentenwesen)), sowie Genossenschaften, Mitbestimmung in Betrieben und demokratische (kommunale) Gemeinwirtschaft vorgeschlagen. Das Problem, wie z.B. die Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften zu organisieren ist (via Markt?) wird nicht diskutiert, wohl ein wesentliches Problem, das zu lösen wäre. Bemerkenswert ist die Aussage, der Marxismus befürworte eine demokratische Gestaltung der Gesamtwirtschaft. Entsprechende Aussagen wird man bei Marx aber kaum finden (Zukunftsbilder-Verbot bei Marx!). Im ideengeschichtlichen Ausblick von Groh fehlen die sogenannten Frühsozialisten, obwohl diese neben abstrusen viele gute Vorschläge gemacht haben.

Globalisierung und Demokratie: hier wird «Kosmopolitismus» dem «Kommunitarismus» gegenübergestellt. Im Kosmopolitismus werde der Mensch als Weltbürger gedeutet, dessen politischer Einfluss über den «Nationalstaat» hinausgehen sollte. Daraus wird dann von manchen «Kosmopoliten» der Schluss gezogen (übrigens ungültig!), Demokratie müsse transnational bzw. global organisiert werden. Kommunitaristen betonen demgegenüber, dass Demokratie an konkrete Gesellschaften (= Gemeinschaften?) gebunden ist, mit entsprechenden Werten und Traditionen.

Groh ist entgegenzuhalten, dass die Gegenüberstellung von Kommunitarismus und Kosmopolitismus nur eine von mehreren möglichen ist. Insbesondere kann man den Weltstaat ablehnen, weil einerseits Entscheidungen, welche Menschen auf einem gewissen Territorium betreffen, auch von diesen zu treffen sind, andererseits auf territoriale Grenzziehungen so oder so nicht verzichtet werden kann. Es wird ja kaum die Weltregierung sein, welche über eine Forststrasse im Diemtigtal entscheiden wird. Es ginge also im Weltstaat nicht ohne klare Kompetenzregelungen auf tieferen Ebenen. Diese bringen es aber mit sich, dass Gebietskörperschaften Entscheidungen treffen können, welche auf andere Auswirkungen haben, ohne dass diese sich dazu äussern können. Immer grössere Gebietskörperschaften sind für das Problem allerdings keine Lösung, da diese sich sonst in Probleme einmischen, die nicht alle die entsprechende Gebietskörperschaft betreffen. Wichtig sind dezentrale Entscheidungsbefugnisse und Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften!

Frieden und Demokratie: Sind Demokratien friedfertiger als autokratische Staaten? Groh meint, die Fragen hätten schon Philosophen der Aufklärung bejaht. Das Volk hätte kein Interesse am Krieg, wobei das Volk ja diesbezüglich nie befragt wird! Groh diskutiert auch, was gegen militärische Interventionen in anderen Länder einzuwenden ist und referiert in diesem Zusammenhang Kant: «Für Kant hat jedes Volk das natürliche Recht, selbst zu bestimmen, welche Gesetze es sich geben will. Das betrifft auch die Menschenrechte. Die Menschenrechte sind nicht wie die zehn Gebote vom Himmel gefallen. Ihre konkrete Bedeutung muss festgelegt werden und dies ist das Recht jedes Volkes. Jeder Mensch ist als von Natur aus Freier und Gleicher dazu berechtigt, in einer Demokratie die Verfassung mitzubestimmen.

Deshalb können verschiedene Völker auch unterschiedliche Verfassungen haben. Dass die Bedeutung der Menschenrechte auch im Westen keineswegs eindeutig ist, zeigt das Beispiel der Todesstrafe: in Europa ist sie verboten, in einigen Staaten der USA jedoch nicht. Der Versuch, ein bestimmtes Verständnis der Menschenrechte von aussen aufzuzwingen, verstösst also in einem wesentlichen Punkt gegen die Menschenrechte selbst.» (S. 191). Dies ist richtig, sofern die Menschen überall wirklich gleichberechtigt und frei mitreden können. Aber selbst wenn dies nicht der Fall ist, sind militärische Interventionen von aussen selten gerechtfertigt: Freiheit muss von einer Bevölkerung (immer wieder) selbst errungen werden, damit sie dauerhaft ist.

Medien und Demokratie: Im letzten Kapitel wird auf die Wichtigkeit der Öffentlichkeit für die Demokratie hingewiesen (Transparenz, Redefreiheit, Information, Meinungsvielfalt). Diesbezüglich stellen z.B. die Eigentumsverhältnisse bei den Medienunternehmen eine Gefahr für die Demokratie dar.

Das Buch ist, obwohl es den Versuch unternimmt, durch die Rahmengeschichte (Schüler, die sich in Diskussionen in die Erkundigung von politische Ideen verwickeln) die Sache didaktisch aufzubereiten, nicht wirklich einfach. Es stellt sich die Frage, ob eine systematische Darstellung selbst für Schüler nicht einfacher zu verstehen wäre.

Armin Groh (2023), Die blinden Flecken der Demokratie: Eine Entdeckungsreise in die politische Ideengeschichte. Wien: ProMedia (Edition Makroskop).



Labor der direkten Demokratie

Rolf Graber legt ein Büchlein zu den politisch-kulturellen Hintergründen der Entwicklung direktdemokratischer Instrumente in der Schweiz vor. Anstoss zur Arbeit waren die Fragen: Wie sehen die Schweizerinnen und Schweizer die repräsentativstaatlichen Modelle der Nachbarstaaten? Wie beurteilen die EU-Bürgerinnen und -Bürger die direkte Demokratie in der Schweiz? Zu diesen Wahrnehmungen findet man im Büchlein dann aber wenig. Graber wendet sich vielmehr historischen Fragen zu: Wie hat sich das Fremd- und Selbstbild der politischen Ordnung der Schweiz im Laufe der Zeit verändert? Besteht ein Zusammenhang zwischen dieser spezifischen Fremd- und Selbstwahrnehmung und der Tatsache, dass sich in der Schweiz ein anderes Demokratiemodell als in den Nachbarländern entwickelt hat? Zudem möchte er die historische Wahrnehmung mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Entstehung der direkten Demokratie in der Schweiz konfrontieren.

Interessant bezüglich der historisch-wissenschaftlichen Selbstwahrnehmung ist die Debatte hinsichtlich der Bedeutung der Französischen Revolution für die



Demokratieentwicklung der Schweiz. Der Historiker Peter Blickle vertritt die These, dass im Spätmittelalter, im Gegensatz zur ständisch-feudalen Ordnung, ein alternatives gesellschaftliches Organisationsprinzip entstanden sei, das er als Kommunalismus bezeichnet. Die Gemeinden hätten sich weitgehend dem herrschaftlichen Einfluss entziehen und ihren Alltag selbst regeln können. Blickle zieht eine Linie, die von dieser gemeindlich-genossenschaftlichen Autonomiekultur des Spätmittelalters und der Frühneuzeit bis zu den direkt-demokratischen Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts reicht. Dieser Kontinuitätsthese steht die Bruchthese des Staatsrechtlers Alfred Kölz gegenüber, der die grundlegende Bedeutung der Französischen Revolution betont. Deren Einfluss sieht er nicht nur in der Einführung eines neuen, naturrechtlich fundierten Freiheitsbegriffs, sondern auch in der Orientierung an Revolutions-Verfassungen, die in Frankreich dann nicht umgesetzt wurden. So stand in der Montagnard-Verfassung z.B. das Gesetzesveto (heute Referendum genannt).

Die starre Kontrastierung von Kontinuitäts- und Bruchthese wird heute gemäss Graber eher aufgebrochen und differenziert. Kontinuität besteht im 19. Jahrhundert in der Forderung nach versammlungsdemokratischen Verfahren, Bruch hinsichtlich des Freiheitsverständnisses. Ein naturrechtlich fundierter Freiheitsbegriff wird als Grundvoraussetzung für die Demokratiebewegungen des 19. Jahrhunderts betrachtet. Es gibt also keine organische Entwicklung, die zwangsläufig von den vormodernen Landsgemeinden zur modernen direkten Demokratie mit Referendum und Initiative führt. Andererseits ist die liberale Erzählung, die eine chronologische Kontinuitätslinie konstruiert, die von den Liberalen, über die Radikalen zu den Demokratien reicht, in Frage zu stellen. Die Volksrechte mussten in unterschiedlichen, von Kanton zu Kanton verschiedenen Konstellationen, gegen den Widerstand der liberalen Eliten erkämpft werden, die vom Grundsatz «Alles für das Volk, möglichst wenig durch das Volk» ausgingen. Beim Kampf gegen diese Art von Paternalismus spielten Referenzen auf die Versammlungsdemokratien eine wichtige Rolle. Eine wichtige Rolle spielte zudem die soziale Frage. Kampf um mehr Mitbestimmung wurde jeweils von der Hoffnung begleitet, soziale Probleme lösen zu können.

Meinungsumfragen zeigen, dass die direkte Demokratie bei Schweizer Bürgerinnen und Bürgern auf eine hohe Akzeptanz stösst. Auch von Bürgerinnen der umliegenden EU-Staaten wird das System positiv bewertet und oft als nachahmenswert empfunden. In Deutschland sprechen sich jeweils über 70% der Befragten für direktdemokratische Elemente auf Bundesebene aus. Wie sind entsprechende Aussichten zu bewerten? Betrachtet man die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts in der Schweiz, so ist die Einführung dieser Instrumente nicht von den politischen Eliten zu erwarten. Voraussetzungen für einen Demokratisierungsprozess wären Protestbewegungen, die sich an aktuellen gesellschaftlichen Problemen entzündeten, konkrete Forderungen stellen und zugleich Mitgestaltungsmöglichkeiten einfordern. Die Forderung nach mehr politischer Mitbestimmung

war nämlich immer auch mit materiellen und sozialen Postulaten verbunden.

Die Hoffnung durch Ausweitung der Volksrechte die sozialen Probleme lösen zu können, erfüllte sich zwar gemäss Graber nicht, weil die neuen politischen Instrumente nur einen geringen Einfluss auf die weitere Ausgestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hatten. Trotzdem war die Handlungsfähigkeit von unten mit der direkten Demokratie eindeutig besser gewährleistet als mit einer rein repräsentativen «Demokratie». «Die Volksrechte boten wirksame Interventions- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Sie beförderten die Kontrolle und Beschränkung der Macht von Exekutive und Legislative, führten zu einer Verbesserung der Integrationsfähigkeit des politischen Systems und bewirkten eine Erweiterung der Informationsbasis der Bevölkerung (S. 123)».

Rolf Graber (2023), Labor der direkten Demokratie: Konkurrierenden Wahrnehmungen der politischen Mitbestimmung in der Schweiz, Zürich: Chronos



Paradox Schweiz: Eine Aussensicht auf ihre Geschichte

Auf 287 Seiten versuchen die Autoren, eine Geschichte der Schweiz zu schreiben – der englische Titel des Buches lautet «A Concise History of Switzerland». Für Nicht-Schweizer Leser sind das wohl schon ziemlich viele Seiten, trotzdem muss ein solches Unterfangen recht oberflächlich bleiben. Das Buch ist aber durchaus lesenswert.

Die Autoren stellen sich in der Einleitung die Frage, warum heutige Leser überhaupt an den vielen komplexen Details der schweizerischen Vergangenheit interessiert sein könnten. Gemäss den Autoren hilft die Schweizer Geschichte, das Verständnis für die ganze Bandbreite politischer Möglichkeiten, die den Europäern im Laufe der Jahrhunderte zu Verfügung standen, zu erweitern.

Unter Historikern ist man sich heute einig, dass die Begriffe Schweiz und Schweizer als Bezeichnungen für ein überregionales Gebilde und seine Einwohnerschaft nicht vor dem 15. Jahrhundert Verbreitung gefunden haben und dass der gleichnamige neuzeitliche Staat erst seit dem frühen 19. Jahrhundert existiert, in seiner heutigen Form seit 1848. Die geografischen und historischen Bedingungen innerhalb und nördlich der Zentralalpen nach 1000 schufen indes nicht nur die Voraussetzungen, aus denen sich eine schweizerische Identität und ein gemeinsames politisches System herausbilden konnte, sie prägten dies auch entscheidend. Entsprechend wird im Buch zuerst diese Vorgeschichte von 1000 bis 1386 behandelt. «Städtische Autonomie war im mittelalterlichen Europa weitverbreitet. Viel ländliche Gemeinden übernahmen im Hochmittelalter körperschaftliche Organisationsformen, jedoch erlangten sie den Status der Reichsfreiheit nur in wenigen Regionen, häufig aber in den



Zentralalpen. Alpine Talschaftsgemeinden schlossen sich vom Wallis bis nach Graubünden zu politischen Korporationen [] zusammen mit eigenen Siegeln und eigener Rechtsprechung. Sobald sie über genügend Privilegien und Autonomierechte verfügten, schlossen sie sich als gleichberechtigte Mitglieder landestypischen Netzwerken von kommunalen Bündnissen an. Mehrere Faktoren ermöglichten diese Entwicklung: die günstige zentrale Lage mit ihren für die Reichspolitik in Italien fundamentalen Passübergängen, die relative Schwäche der wichtigsten feudalen Dynastien und der hohe Grad an Kooperation, den die Weidewirtschaft in den Alpen erforderte, was die Herausbildung von starken kollektiven Institutionen begünstigte. Das Leben in einer vielfältigen politischen Landschaft aus adligen, städtischen und dörflichen Milieus lieferte seinerseits Modelle und teilweise auch den Anstoss, sich in körperschaftlicher Form zusammenzuschliessen» (S. 26).

In der Zeitspanne zwischen 1386 bis 1520 wird dann die Entstehung der Eidgenossenschaft angesiedelt. Die geringe Grösse der einzelnen Stände – Zürich und Bern waren klein im Vergleich zu Florenz und Mailand – und die Kombination ländlicher und städtischer Kommunen machten den Zusammenschluss auf dem späteren schweizerischen Terrain zu einem eigenständigen Konstrukt. Die feudalen Herrscherhäuser (Habsburger, Savoyer) und regionale Häuser wie die Toggenburger und Württemberger spielten über 1400 hinaus im Norden eine wichtige Rolle, weshalb die Mitglieder der Eidgenossenschaft nur durch Kooperation und gegenseitige Unterstützung ihre relative Selbstbestimmung erhalten konnten.

Das dichte Netz politischer Bande um 1500 geriet durch die Reformation unter Druck. Institutionelle Entwicklungen kamen zum Stillstand. Trotzdem wurde die Schweiz von aussen zunehmend als eigenständige staatsähnliche Organisation betrachtet. Der Westfälische Frieden (1648), der den Dreissigjährigen Krieg beendete, brachte dem schweizerischen Gebiet die vollständige Befreiung von der Reichsgesetzgebung. Es entwickelte sich eine als Protoindustrialisierung bekannte ländliche Fabrikation sowie eine voralpine Käseindustrie, die für weiter entfernte Märkte produzierten.

Ein weiteres Kapitel ist dem Ancien Regime von 1713 – 1798 gewidmet, das durch Oligarchisierung und politischen Stillstand geprägt war. Die Oligarchien wurden zwar oftmals von unten in Frage gestellt und bekämpft, gerieten aber auch durch das Gedankengut der Aufklärung in Misskredit. Bis zur französischen Revolutionen konnten sich die Oligarchien aber halten.

Der Franzoseneinfall im Jahr 1798 löste in der Schweiz eine politische Revolution und ein halbes Jahrhundert heftiger Kontroversen über den Geltungsbereich und die Ausgestaltung des künftigen Gemeinwesens aus. Ein paar Stichworte: Helvetik, Mediation, Restauration, Radikalismus, Sonderbund und Verfassung von 1848.

Die Jahre von 1848 – 1914 werden unter dem Titel «Die Bildung einer neuen Nation» behandelt, obwohl der Nationenbegriff wohl eher schwammig ist und auf die

Schweiz wohl am wenigsten zutrifft. In der Tat wird 1848 ein Bundesstaat gegründet, wobei die eigentliche Souveränität auf Bundesebene angesiedelt wird und nicht auf Bundesebene geregelte Bereiche bei den Kantonen bleiben, die entsprechend teilsouverän bleiben. In diese Zeit fällt auch ein schrittweiser Ausbau der direkten Demokratie. In der Verfassung von 1848 galt schon ein obligatorisches Verfassungsreferendum bei einer allfälligen Totalrevision der Verfassung, die von der Bevölkerung durch 50 000 Unterschriften angestossen werden konnte. Hinzu kam 1874 das fakultative Referendum und 1891 die Volksinitiative. Gleichzeitig erfolgte die Integration der Katholisch-Konservativen in die Institutionen, wobei die Angst vor der aufsteigenden Sozialdemokratie hier mitwirkte.

Im Kapitel «Erschütterungen des Krieges» (1914 -1950) schildern die Autoren die Entwicklungen während des ersten Weltkrieges, die Zwischenkriegszeit (Einführung von Proporzahlen, Staatsvertragsreferendum, Generalstreik, Wirtschaftskrise, Frontenfrühling, geistige Landesverteidigung), die Stellung im zweiten Weltkrieg und die Spannungen mit den Alliierten nach dessen Ende. Die Zeit von 1950 bis 1990 behandeln sie unter dem Titel «die Zeit des Sonderfalls», und die Zeit nach 1990 unter dem Titel «Rückkehr zur Normalität?». Dabei wird unter anderem das Verhältnis zur EU-Integration beleuchtet (EWR, Bilaterale Verträge und diesbezügliche Entwicklungen bis Ende der Zehnerjahre). Die Autoren unterliegen dabei einer typischen Fehlinterpretation, indem sie die demokratiepolitischen Aspekte unterschlagen und die Debatte ein unangemessenes rechts-links-Schema pressen (Traditionalismus versus Weltoffenheit).

Clive H. Church, Randolph C. Head, Paradox Schweiz (2021), Eine Aussensicht auf ihre Geschichte, Zürich: Chronos

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

83

**kritisieren, intervenieren,
konstruieren**



Im Buchhandel erhältlich
und auf widerspruch.ch
ISBN 978-3-85990-1





Pour une politique de neutralité active axée sur les droits de l'homme et le droit international.

Positions sur la neutralité

La guerre d'agression menée par la Russie contre l'Ukraine a donné lieu à un nouveau débat sur la neutralité en Suisse. Les divergences d'opinion sur les sanctions économiques et la transmission d'armes livrées par la Suisse à l'Ukraine ont donné lieu à des débats approfondis.

Par Paul Ruppen

L'initiative sur la neutralité

Le 11 avril 2024, des cercles proches de l'UDC ont déposé à la Chancellerie fédérale l'initiative populaire « Maintien de la neutralité suisse » (initiative sur la neutralité) du comité d'initiative « Initiative sur la neutralité », munie de 129 806 signatures valables. L'initiative vise à introduire un nouvel article (article 54a) dans la Constitution fédérale. Le texte de l'initiative :

Art. 54a Neutralité suisse

- 1) *La Suisse est neutre. Sa neutralité est perpétuelle et armée.*
- 2) *La Suisse n'adhère à aucune alliance militaire ou de défense. Une coopération avec de telles alliances est réservée en cas d'attaque militaire directe contre la Suisse ou en cas d'actes préparatoires à une telle attaque.*
- 3) *La Suisse ne participe pas à des conflits militaires entre Etats tiers et ne prend pas de mesures de coercition non militaires contre des Etats en guerre. Sont réservées les obligations envers l'Organisation des Nations Unies (ONU) ainsi que les mesures visant à empêcher le contournement des mesures de coercition non militaires d'autres Etats.*
- 4) *La Suisse met à profit sa neutralité perpétuelle pour prévenir et résoudre les conflits et se tient à disposition en tant que médiateur.*

L'article constitutionnel ancrerait donc dans la Constitution certains éléments de la pratique actuelle de la Suisse en matière de neutralité et rendrait la neutralité plus étroite, notamment dans le domaine des sanctions et de la coopération en matière de politique de sécurité.

Les arguments suivants peuvent être avancés contre l'initiative :

On ne voit pas pourquoi la neutralité doit être armée. Une attaque militaire contre la Suisse est très improbable dans un avenir prévisible, car la Suisse est entourée d'un cercle de pays membres de l'OTAN. Le réarmement militaire de la Suisse, qui serait nécessaire pour une capacité de défense indépendante, ne contribue donc pas à la sécurité de la Suisse. Dans cette situation, il serait plus approprié pour les intérêts de la Suisse en matière de sécurité d'investir des milliards supplémentaires dans le maintien de la paix par des moyens non militaires (coopération au développement intelligente et efficace, aide humanitaire dans les régions en guerre, etc.). Compte tenu de l'objectif de l'OTAN de consacrer 2% du produit national brut (PNB) à l'armée, il convient d'investir dans la paix. La Suisse devrait se fixer pour objectif d'investir

2% du PNB dans le maintien de la paix non militaire. Cela lui permettrait notamment de se défendre contre le reproche de parasitisme.

Avec le passage « et ne prend pas non plus de mesures coercitives non militaires à l'encontre d'Etats belligérants », l'initiative s'oppose à l'adoption de sanctions à l'encontre d'Etats belligérants qui n'ont pas été décidées par l'ONU. Avec cette exigence, elle ne va pas seulement au-delà de la pratique actuelle de la neutralité, mais va également plus loin que le droit de la neutralité (accord de Hague). En outre, cela permet d'éviter que des sanctions économiques contre des violations du droit international soient soutenues, dès qu'un des membres permanents du Conseil de sécurité bloque la décision de sanctions économiques par son veto. L'objectif des initiateurs est manifestement de pouvoir commercer le plus librement possible avec presque tous les pays sans devoir se soucier de leur respect du droit international et des droits de l'homme. Cette attitude est discutable sur le plan éthique et nuit en outre à l'image de la Suisse dans le monde.

Il faut toutefois garder à l'esprit que les sanctions économiques de la Suisse ne s'orientent ou ne s'orienteront guère de manière vraiment conséquente vers le droit international et les droits de l'homme. Ainsi, la politique de la Suisse à l'égard de la Chine est discutable en ce qui concerne les droits de l'homme et Taïwan, et lors des actions contraires au droit

international, par exemple celles des Etats-Unis, aucune sanction économique n'a été envisagée contre les Etats-Unis. Le Conseil fédéral souligne d'ailleurs dans les textes relatifs à la neutralité que celle-ci doit être considérée comme un moyen flexible de préserver les intérêts de la Suisse.¹⁾

Les intérêts sont souvent mentionnés seuls et toujours en premier lieu lorsque les objectifs de la neutralité sont complétés

1) voir par exemple le rapport sur la neutralité : annexe au rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 90 du 29 novembre 1993, p. 1. ou encore : Clarté et orientation de la politique de neutralité : rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat 22.3385, Commission de politique extérieure CE, 11.04.2022, p. 7 ; lien vers des documents officiels sur la politique de neutralité de la Suisse : https://www.eda.admin.ch/eda/fr/politique_exterieure_droit_international_publicite_neutralite



par la « solidarité », la « tradition humanitaire » et les « bons offices ». Même si l'on admet que les « intérêts » ne sont pas uniquement de nature économique, mais qu'ils peuvent également consister en des intérêts de sécurité, la pratique du Conseil fédéral prouve suffisamment que l'accent est mis sur les intérêts économiques.

Les points positifs du texte de l'initiative sont

(1) L'exigence de limiter la collaboration avec des alliances militaires et de défense au cas d'une attaque directe contre la Suisse. La coopération en temps de paix est ainsi interdite. Cela vise surtout les participations aux programmes de l'OTAN. Les tentatives de se rapprocher trop de l'OTAN et des tendances à la militarisation de l'UE seraient bloquées par la Constitution.²⁾

(2) L'exigence de la neutralité perpétuelle constitue un autre obstacle constitutionnel à une éventuelle adhésion à l'UE. Lorsque le Conseil fédéral visait encore l'adhésion à l'UE, il avait annoncé des réserves concernant la neutralité :

« Dans le cadre des obligations politiques de la politique étrangère et de sécurité commune définies par le traité de Maastricht, la Suisse devrait, en tant que membre de l'UE, se laisser guider par la solidarité vis-à-vis des Etats de l'UE dans les questions politiques et économiques. En outre, la politique étrangère et de sécurité commune comprend « à terme, la définition d'une politique de défense commune qui pourrait conduire, le moment venu, à une défense commune » (Traité de Maastricht, art. J.4. al. 1).

Même si cette déclaration d'intention politique ne constitue pas encore un engagement juridique pour une coopération militaire ultérieure dans le cadre de l'UE, un pays candidat à l'adhésion doit néanmoins soutenir cette finalité de l'Union européenne en matière de sécurité et de défense. Cela signifie que le pays neutre doit également être prêt à reconsidérer sa neutralité si cela s'avérait un jour nécessaire en raison du développement de l'Union ».³⁾

(3) L'article 4 de la proposition d'article constitutionnel doit également être considéré comme positif.

La position du PS

Dans sa prise de position du 21 juin 2024 à Olten (séance du conseil de parti), le PS exige une politique de neutralité systématiquement axée sur le droit international public⁴⁾ : « La Suisse neutre doit [] devenir l'avocate du droit international public afin de pouvoir s'engager de manière crédible pour la paix et la sécurité. L'exemple de la guerre en Ukraine illustre bien ce que cela signifie concrètement : En tant qu'avocate du droit international, la Suisse doit se prononcer avec véhémence contre la violation du droit international. Outre une condamnation sans équivoque de la guerre d'agression (*ius ad bellum*)

et des violations du droit international humanitaire (*ius in bello*), il convient de s'engager en faveur de la capacité d'action de l'ONU et de l'OSCE, dans le cadre desquelles le désarmement (nucléaire) doit être poursuivi. Car même si ces organisations internationales sont aujourd'hui faibles, il n'y a pas d'autre solution à moyen terme que de mettre en place une politique de sécurité coopérative : au lieu d'encourager la formation de blocs militaires, il faut maintenir des plates-formes de dialogue aussi universelles que possible, dans le cadre desquelles des réponses aux dangers globaux peuvent être trouvées et des négociations de paix menées. Mais à court terme, le rôle de la Suisse en tant qu'avocate du droit international signifie avant tout que la Suisse doit prendre des mesures économiques et couper les vivres à l'État belligérant []. « Faire le jeu d'un agresseur n'est pas neutre » : Cette déclaration correcte du conseiller fédéral Cassis doit être appliquée de manière plus conséquente à l'avenir ». (p. 3)

On ne peut que soutenir le PS dans cette prise de position. Malheureusement, le PS se perd ensuite en contradictions en ce qui concerne le projet de formation de bloc de l'UE : « La Suisse renforce sa sécurité et celle du continent européen en s'engageant sans équivoque en faveur de la communauté de valeurs avec l'UE, en soutenant pleinement ses mesures de politique de sécurité et en s'engageant multilatéralement pour la paix ». Les ambitions militaires du projet de l'UE semblent avoir échappé au PS. Après tout, les dirigeants de l'UE n'ont cessé de proclamer que la militarisation de l'UE devait également servir à garantir les matières premières et les débouchés.

Le PS rejette l'adhésion à l'OTAN, mais promeut l'UE avec d'autant plus de véhémence. Cela est plutôt étrange au vu de la citation d'introduction ci-dessus, mais s'explique par l'idéalisation irresponsable du projet de formation d'un bloc européen. Il est reproché à l'OTAN de constituer un bouclier militaire, « alors que l'UE fait progresser l'intégration et la souveraineté européennes dans le but de surmonter les zones d'influence géopolitiques ». Et : « L'UE est un projet d'intégration économique et de politique, qui ne se définit pas par rapport à d'autres blocs et qui s'engage dans un multilatéralisme inclusif ». (p. 8). Les choses sont ainsi inversées : alors que l'OTAN représente, du moins officiellement, une alliance purement défensive, l'UE est un projet de

grande puissance et de formation de blocs parfaitement autoproclamé. « Nous devons apprendre à parler le langage de la puissance » (Josep Borrell, représentant de l'UE pour les affaires étrangères). Cette déclaration de Borrell est également liée à la demande de troupes d'intervention rapide qui devraient être déployées en dehors de l'UE. Pour ce qui est de l'objectif de l'UE de surmonter les zones d'influence géopolitiques, il est sans doute préférable d'interroger des Africains, des



²⁾ de tels efforts ont été renforcés ces derniers temps, voir le rapport de la Commission d'étude de la politique de sécurité, 08. 2024, <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/89334.pdf>

³⁾ Rapport sur la neutralité : annexe au rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années 90 du 29 novembre 1993, p. 65.

⁴⁾ <https://www.sp-ps.ch/fr/datei/papier-de-position-du-ps-suisse-sur-la-neutralite-2024/>



Asiatiques et des Sud-Américains bien informés.

La position des Verts

Contrairement au PS, la majorité des Verts se prononce contre la transmission à l'Ukraine d'armes provenant de Suisse.⁵⁾ Ils sont généralement critiques à l'égard des assouplissements de la loi suisse sur l'exportation de matériel de guerre. Ils considèrent que l'exportation de matériel de guerre est fondamentalement problématique : il s'agit d'un modèle commercial qui, en raison de lacunes dans la législation, fait que le matériel de guerre suisse joue toujours un rôle important dans les guerres civiles et les conflits paraétatiques. C'est précisément pour cette raison qu'il est important que la Suisse maintienne une loi extrêmement stricte sur l'exportation de matériel de guerre.

Les Verts attribuent certains avantages à la neutralité militaire⁶⁾ : (1) « Les organisations internationales telles que le CICR et l'ONU, dont le siège est en Suisse, dépendent d'une neutralité militaire crédible. Elles sont au service de l'approvisionnement de la population civile des deux camps en guerre ». (2) « En tant qu'État dépositaire des Conventions de Genève, la Suisse a une expérience et un rôle particuliers à jouer pour veiller au respect du droit international et de ses traités et, sur cette base, pour assurer une médiation internationale et promouvoir la paix ». (3) La neutralité militaire augmente la probabilité que la Suisse puisse assumer des mandats de puissance protectrice pour favoriser les échanges entre les parties en conflit.

Le document se conclut par ces mots : « La question de savoir si et quelle interprétation de la neutralité est encore d'actualité et si la Suisse doit continuer à être un pays (militairement) neutre – ce sont des questions légitimes. Au lieu d'anticiper les questions de principe sur la base de décisions à court terme, il faut une discussion sérieuse à moyen et long terme à ce sujet, qui intègre non seulement la politique de sécurité concrète, mais aussi le rôle de la Suisse en matière de politique étrangère ».

Le débat sur la neutralité est (une fois de plus) ouvert. Selon les sondages, la neutralité est fortement ancrée dans la population suisse – les taux d'approbation oscillent autour de 90%. Si l'on souhaite que la Suisse fasse davantage pour la paix, le développement, la démocratie et les droits de l'homme au sein de la communauté internationale, il est certainement politiquement judicieux de s'appuyer sur cet ancrage pour ensuite orienter résolument la neutralité vers des points de vue liés aux droits de l'homme et au droit international. ■

⁵⁾<https://verts.ch/nouvelles>, exportation d'armes

⁶⁾ Par « neutralité militaire », on entend la neutralité telle qu'elle est définie dans la Convention de La Haye. Celle-ci est complétée par la politique de neutralité, dont l'orientation n'est pas imposée par l'Accord de La Haye. L'accord de La Haye n'empêche pas la Suisse, par exemple, de prendre des sanctions économiques contre les contrevenants au droit international. De même, la Suisse peut par exemple interdire l'exportation d'armes et orienter sa politique étrangère en fonction des droits de l'homme et du droit international.

Neutralité : infos en bref

La neutralité de l'Irlande sous pression

Le gouvernement irlandais s'efforce d'abolir le « triple lock ». Le terme « triple lock » décrit les trois étapes que l'Irlande doit franchir avant que plus de 12 membres des forces de défense irlandaises puissent être envoyés en mission à l'étranger, par exemple dans le cadre d'opérations de maintien de la paix.

La première étape est l'approbation du gouvernement, qui a généralement lieu lors d'une réunion du cabinet. Ensuite, le Dáil (parlement) doit approuver le déploiement de nos forces armées à l'étranger. Au cours de cette étape, les députés débattent et votent finalement sur l'envoi de troupes dans la mission en question.

La troisième étape est le mandat ou l'autorisation qui doit être obtenu du Conseil de sécurité des Nations Unies.

Le triple verrouillage a été intégré en tant que protocole solennel dans la déclaration de Séville, sur laquelle le gouvernement irlandais et l'Union Européenne s'étaient mis d'accord afin d'inciter les électeurs irlandais, qui avaient rejeté le traité de Nice lors d'un référendum le 7 juin 2001, à changer d'avis.

La défense du triple lock vise à empêcher l'envoi de troupes irlandaises à l'étranger sans mandat des Nations Unies. Il s'agit de la seule garantie sûre contre la participation des forces armées irlandaises à des guerres étrangères et c'est la principale question de politique étrangère et de sécurité qui se pose au peuple irlandais dans la période à venir.

L'abolition du triple verrouillage porterait un coup symbolique important à l'autorité des Nations Unies, que l'Irlande a toujours soutenue, à un moment où cette autorité est remise en question comme jamais auparavant en raison du carnage à Gaza et au Liban. Mais surtout, ce serait aller à l'encontre des « déclarations nationales » solennelles faites par le gouvernement de Bertie Ahern en 2002 et par celui de Brian Cowan en 2009 pour convoquer une seconde fois les référendums sur les traités de Nice et de Lisbonne, alors que les électeurs irlandais avaient précédemment rejeté ces traités, principalement par crainte de leurs éventuelles conséquences sur la neutralité irlandaise. Ces « déclarations nationales » ont été formellement reconnues par le Conseil européen des Premiers ministres et des présidents de l'UE en 2002 et 2009 respectivement, et ont été associées aux instruments juridiques de ratification des traités de Nice et de Lisbonne lorsque ceux-ci ont été déposés à Rome. Le programme gouverne-

mental contient également l'engagement clair que toutes les opérations militaires irlandaises à l'étranger seront soumises au triple verrouillage !

Un refus de cet engagement pourrait constituer une violation du droit international, conformément à la Convention de Vienne sur le droit des traités. Les engagements pris par les gouvernements Ahern et Cowan de maintenir le triple lock





lors des référendums de Nice et de Lisbonne ont été soutenus par tous les partis du Dáil et du Seanad. Les abandonner maintenant conduirait certainement à un profond cynisme à l'égard des politiciens irlandais et de leurs promesses. People's News, 22 Octobre 2024, Frank Keoghan, <https://thepeoplesnews.home.blog/2024/10/22/defend-the-triple-lock-guarantee-against-involvement-in-foreign-wars/>

La militarisation de l'UE et la neutralité de l'Autriche

L'exercice « ALPINE DEFENSE 2024 » se déroulera du 16 au 27 septembre 2024 avec la participation internationale de la Belgique, de la République tchèque, de l'Allemagne, de l'Italie et des Pays-Bas sur le terrain d'entraînement militaire de Hochfilzen et sur le terrain libre adjacent dans les communes autrichiennes de Saalfelden, Fieberbrunn et St. Ulrich am Pillersee. L'objectif de l'exercice est de mener des missions d'appui-feu dans le cadre d'opérations multinationales interarmées. L'exercice s'inscrit dans le cadre de l'initiative « Pooling and Sharing Mountain Training Initiative (P&S MTI) ». L'objectif est de « renforcer les capacités de l'UE à opérer en terrain montagneux ». Dans le cadre de cet « entraînement à la guerre en montagne », l'Autriche est la « nation chef de file ». Les zones d'intervention ont été indiquées dans le rapport sur la défense nationale 2022 : Caucase, Afrique centrale et Afrique du Nord (<https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3677>).

Pour les manœuvres militaires de l'OTAN « Saber Junction », 300 convois militaires américains traversent l'Autriche. C'est clairement contraire à la neutralité. Cela est rendu possible par la loi sur le séjour des troupes, votée en 2001 par l'ÖVP et le FPÖ. Elle donne au ministère de la Défense un blanc-seing pour faire passer des troupes de l'OTAN et de l'UE à travers le territoire autrichien. Novembre 2024, <https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/tagebuch-eu-militarisierung-2023>

OTAN : tactique du salami antidémocratique du DDPS

En automne 2024, la conseillère fédérale Viola Amherd avait pris des mesures qui signifient un rapprochement insidieux de la Suisse avec l'OTAN.

Sans un large débat public ni l'approbation du Parlement, le Conseil fédéral a pris des mesures qui intensifient la collaboration avec l'OTAN. Cette manière de procéder soulève de sérieuses questions en matière de politique de neutralité. Car la question de savoir combien d'OTAN la neutralité peut supporter est hautement politique et doit être négociée au sein de la société.

En avril 2024, le Conseil fédéral a décidé l'adhésion de la Suisse à l'European Sky Shield Initiative (ESSI), ce qui signifie un fort rapprochement avec l'OTAN. Cette décision a été prise sans un large débat politique sur la sécurité et la neutralité de la Suisse. Cela rappelle fortement la – manière de procéder lors de l'acquisition de l'avion de combat F-35, où l'on a

empêché le vote sur notre initiative populaire qui avait pourtant valablement abouti. Au lieu de faire de vaines promesses de sécurité en se rapprochant insidieusement de l'OTAN et de perdre sa crédibilité d'État neutre, la Suisse devrait enfin mener une politique de paix cohérente et active.

Au lieu de cela, le Conseil fédéral a décidé en mars de se coucher devant l'OTAN et de ne pas adhérer au principal traité international de désarmement nucléaire (TPNW), ce qui est particulièrement honteux en période de menace nucléaire accrue. De plus, cette décision va à l'encontre d'une décision prise par le Parlement en 2018, qui chargeait le Conseil fédéral d'entamer « le plus rapidement possible » l'adhésion au Traité d'interdiction des armes nucléaires. Là encore, on constate qu'il est urgent d'engager une discussion sérieuse sur le rôle de la politique étrangère et de sécurité.

La décision du Conseil National de ne pas organiser d'exercices d'alliance avec l'OTAN a été une lueur d'espoir dans cette évolution. Les exercices d'alliance auraient intégré davantage la Suisse dans les structures militaires de l'OTAN et auraient remis en question la neutralité militaire du pays. Malheureusement, la décision susmentionnée n'a pas été confirmée par le Conseil des États. Il n'existe donc toujours pas de lignes rouges sur le degré de coopération avec l'OTAN que la neutralité militaire de la Suisse peut supporter.

Un autre exemple remarquable de l'approche douteuse de l'ancienne conseillère fédérale Viola Amherd était la mise en place de la commission d'étude par le Département de la défense (DDPS). Cette commission devait à l'origine fournir une analyse complète de la situation de la Suisse en matière de politique de sécurité. Mais la commission est composée en majorité de personnes issues des milieux bourgeois et proches du DDPS et son mode de fonctionnement laisse penser qu'elle ne sert qu'à légitimer des décisions déjà prises. La commission rate ainsi délibérément l'occasion de fournir une véritable analyse indépendante sur l'orientation future de la politique de sécurité suisse.

Les arguments en faveur d'un rapprochement avec l'OTAN reposent souvent sur des hypothèses irréalistes et des vœux pieux. Les partisans* affirment qu'une coopération plus étroite avec l'OTAN augmenterait la sécurité de la Suisse. Mais ces hypothèses ignorent le fait que la Suisse s'en est historiquement bien sortie en tant qu'État neutre. Le rapprochement avec l'OTAN pourrait impliquer la Suisse dans des conflits internationaux et menacer son indépendance. Le GSsA met en garde contre ces « châteaux en l'air » et exige une stricte neutralité militaire, couplée à un engagement actif de moyens diplomatiques et économiques pour les droits de l'homme, le droit international et la démocratie.

Le débat actuel sur la politique de sécurité se concentre sur deux scénarios d'avenir : l'adhésion à l'OTAN ou une Suisse sans armée, qui s'engage pour une politique de paix active. L'histoire et les sondages actuels parlent clairement en faveur de la deuxième solution. En effet, l'abandon de la neutralité est impensable en termes de politique réelle, car celle-ci est profondément ancrée. C'est pourquoi l'option d'une Suisse sans armée, qui s'engage pour un droit international fort et un monde plus sûr et plus stable, semble plus réaliste.



US-Rohstoffdeal mit Kiew verschärft die transatlantische Rivalität

Die Bodenschätze der Ukraine

US-Rohstoffdeal mit Kiew verschärft die transatlantische Rivalität: Vor dem Krieg nahm die EU 40 Prozent der ukrainischen Ressourcenexporte ab. Jetzt wollen die USA einen größeren Anteil. Europäische Rivalen kritisieren „Neokolonialismus“.

in [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com)*

Der Rohstoffdeal zwischen den USA und der Ukraine tangiert Interessen Deutschlands und anderer Staaten Europas und verschärft die transatlantische Rivalität. Während vor Kriegsbeginn rund 40 Prozent der ukrainischen Rohstoffexporte in die EU gingen, erheben nun die Vereinigten Staaten Anspruch auf größere Anteile davon. Die Ukraine besitzt rund fünf Prozent der globalen Bodenschätze, darunter einige, die laut Experten strategisch besonders wichtig sind, etwa Titan. Das Metall ist wegen seiner Eigenschaften – es ist leicht und sehr hart – insbesondere für die Rüstungsproduktion von Panzern bis zu Langstreckenraketen unverzichtbar.

Bislang ist die EU noch von Importen des Rohstoffs aus Russland abhängig. Zugriff auf die ukrainischen Vorkommen könnte dies ändern. Besonders verärgerte Reaktionen auf den US-Rohstoffdeal mit Kiew sind aus konservativen Kreisen in Großbritannien zu hören. Das Land hat im Januar seinerseits mit der Ukraine eine enge Rohstoffkooperation vereinbart. In London ist nun – sachlich zutreffend – von „neokolonialer Ausbeutung“ durch die USA die Rede. In Deutschland wird unabhängig davon über „Treuhandgebiete“ in der Ukraine unter Fremdverwaltung spekuliert.

Rohstofflager der EU

Die Ukraine ist, wie es in einer umfassenden Analyse des Professors für Mineralogie und Rohstoffgeologie am Naturkundemuseum der Universität Oslo, Axel Müller, heißt, eins „der führenden Länder der Welt in der Rohstoffproduktion und -verarbeitung“.^[1] Demnach besitzt sie „etwa 5% der weltweiten Bodenschätze“ und gehört bei einer Reihe wichtiger Ressourcen zu den zehn größten Produzenten überhaupt. Im Vorkriegsjahr 2021 war sie „der sechstgrößte Eisenerzproduzent der Welt“, konstatiert Müller; zudem verfügt sie „über die größten Manganerzreserven in Europa“, die gleichzeitig zu den „größten Reserven weltweit“ zählen. Nicht zuletzt ist sie „einer der wenigen Graphitproduzenten in Europa“. 2021 erwarb die EU rund 40 Prozent der gesamten ukrainischen Rohstoffexporte, darunter insbesondere Eisenerz, Schmiedeeisen und Stahl; bei den Eisenerzimporten war sie zu rund 15 Prozent auf die Ukraine angewiesen. Die strategische Bedeutung ihrer Bodenschätze lässt sich auch an der Tatsache ablesen, dass das Kiewer Ministerium für natürliche Ressourcen im Juli 2021 in die European Raw Materials Alliance

*<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9956>

[1], [2] Axel Müller: Die gegenwärtige Lage der ukrainischen Metall- und Industriemineralproduktion und deren Folgen auf die europäische Rohstoffversorgung. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin 158 (2023). S. 81-100.

(ERMA) aufgenommen wurde, die eine verlässliche Versorgung der EU-Mitgliedstaaten mit strategischen Rohstoffen unterstützen soll. Die ERMA ist in Berlin angesiedelt und unter Mitwirkung der EU gegründet worden.

Titan für die Rüstungsindustrie

Unter den reichen Lagerstätten der Ukraine schreibt Müller den Titanvorkommen spezielle Bedeutung zu. Titan, „ein leichtes und hartes Metall“, werde in der Luft- und Raumfahrt, aber auch „für militärische Anwendungen“ benötigt, konstatiert der Mineraloge – so etwa für den Bau von Kampffjets, Kriegsschiffen, Panzern und Langstreckenraketen.^[2] Die Ukraine verfüge nicht bloß „über die größten Titanreserven in Europa“, sondern auch – als eines von relativ wenigen Ländern weltweit – über einen „geschlossenen Produktionskreislauf in der Titanindustrie“. Es komme hinzu, hielt Müller in seiner 2023 publizierte Analyse fest, dass „die Abhängigkeit des Westens von russischem Titan ... so stark“ sei, dass es bislang von den Russland-Sanktionen nicht betroffen sei. In der Tat hat die EU sogar noch in ihrem 16. Sanktionspaket vom 24. Februar 2025 für die Einfuhr von Titan Ausnahmen vorgesehen.^[3] Umgekehrt zog Russlands Präsident Wladimir Putin im September 2024 ein Embargo auf die Ausfuhr von Titan in Betracht.^[4] Schon 2022 erhielt das US-Außenministerium den Auftrag, Möglichkeiten für einen intensiveren Rückgriff auf das ukrainische Titan zu eruieren: „als mögliche Alternative zu chinesischen und russischen Quellen“, hieß es explizit.^[5]

Privilegierter Zugriff

Mit dem Rohstoffdeal, den US-Finanzminister Scott Bessent und die ukrainische Wirtschaftsministerin Julija Swyrydenko am 30. April 2024 in Washington unterzeichnet haben, erhalten die Vereinigten Staaten einen privilegierten Zugriff auf die ukrainischen Ressourcen. So soll ein Investitionsfonds zur gemeinsamen Rohstoffförderung aufgelegt werden.^[6] Die



^[3] Andrew Hood, Vansh Gupta, Ursula Monney: The EU's 16th sanctions package against Russia. [fieldfisher.com](https://www.fieldfisher.com) 04.03.2025.

^[4] Putin says Russia should consider restricting uranium, titanium and nickel exports. [reuters.com](https://www.reuters.com) 12.09.2024.

^[5] David Brennan: The Battle for Ukraine's Titanium. [newsweek.com](https://www.newsweek.com) 28.01.2023.

^[6] Mareike Müller: Ukraine und USA unterzeichnen einen Rohstoffdeal. [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) 01.05.2025.



Mittel dafür sollen zur einen Hälfte aus Kiew, zur anderen Hälfte aus Washington kommen. Zehn Jahre lang müssen sämtliche Erträge aus dem Fonds in den ukrainischen Rohstoffsektor reinvestiert werden. Danach dürfen sie allerdings auch entnommen werden. Formal werden beide Seiten den Fonds gemeinsam verwalten; dass die USA dabei jedoch politisch am längeren Hebel sitzen, liegt auf der Hand. Als mögliche Investoren bevorzugt genannt werden Unternehmen aus den Vereinigten Staaten, aus der EU sowie aus anderen Ländern, die „die Verteidigung der Ukraine gegen Russlands vollumfängliche Invasion“ unterstützt haben.^[7] Damit begünstigt die Vereinbarung Unternehmen der Länder des transatlantischen Bündnisses und ihrer Verbündeter beim Zugriff auf die ukrainischen Bodenschätze.

„Neokoloniale Ausbeutung“

Unmut wird unter anderem in Großbritannien laut. Der britische Premierminister Keir Starmer und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatten am 16. Januar 2025 in Kiew eine Erklärung über eine „hundertjährige Partnerschaft“ zwischen dem Vereinigten Königreich und der Ukraine unterzeichnet. Sie sieht an erster Stelle einen Ausbau der militärischen Kooperation vor, darunter beispielsweise eine intensivere Zusammenarbeit der Seestreitkräfte beider Staaten etwa im Schwarzen Meer sowie eine enge rüstungsindustrielle Kooperation.^[9]

Daneben geht es aber auch um verschiedene Formen einer ökonomischen Zusammenarbeit, dies insbesondere mit Blick auf die „Entwicklung einer ukrainischen Strategie für kritische Mineralien“; diesbezüglich wird eine Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe in Aussicht genommen. Der neue ukrainisch-US-amerikanische Rohstoffdeal drängt Großbritannien nun in die zweite Reihe zurück. Der konservative Spectator erklärte verärgert, die Vereinbarung nehme der Ukraine ihre alleinige Verfügungsgewalt über ihre Rohstoffe und bringe ihr eine „neokoloniale Ausbeutung“.^[10] Die Publikation dieser Einschätzung durch eine Zeitschrift aus dem Londoner Establishment ist interessengeleitet, trifft der Sache nach allerdings zu.

Potenzielles Schlüsselland

Verhalten sind bislang die Reaktionen aus Berlin. Im vergangenen Jahr bekräftigte unter anderem eine Expertin der Bertelsmann Stiftung, es gebe auch ein deutsches Interesse an den umfangreichen Bodenschätzen der Ukraine: Das Land habe „tatsächlich für uns elementar wichtige Rohstoffvorkommen und seltene Mineralien anzubieten“, erklärte Miriam Kosmehl, Expertin der Stiftung für Osteuropa, gegenüber dem ZDF.^[11] „Grundsätzlich“ könne die Ukraine „mit ihrem

[7] Agreement between the Government of Ukraine and the Government of the United States of America on the Establishment of a United States-Ukraine Reconstruction Investment Fund. Washington, 30.04.2025.

[9] UK-Ukraine 100 Year Partnership Declaration. gov.uk 17.01.2025.

[10] Mark Galeotti: Trump’s Ukraine mineral deal amounts to extortion. spectator.co.uk 01.05.2025.

Ressourcenreichtum“ etwa „zu Zukunftsindustrien wie Elektromobilität und Umwelttechnologien beitragen“. Die Vorstellung, da tue sich für Deutschland und die EU eine „Goldgrube“ auf, habe allerdings „einen Haken“, wurde Kosmehl zitiert: Große Teile der Lagerstätten befänden sich in Territorien, „die entweder besetzt oder von Kampfhandlungen betroffen waren oder es noch sind“. Das treibe „die Kosten des Abbaus in die Höhe“. Gelingen es allerdings, der Ukraine im Krieg zum Sieg über Russland zu verhelfen, hieß es weiter im ZDF, dann könne das Land wohl „ein Schlüsselpartner Deutschlands und der EU für die Zukunftstechnologien und die ‘grüne‘ Transformation der Industrien werden“.

Fremdverwaltete Treuhandgebiete

Im deutschen Establishment werden unterdessen Vorschläge diskutiert, die – jedenfalls für Teile der Ukraine – noch klar über die neokoloniale Ausbeutung der Ressourcen des Landes hinausgehen. So erklärte kürzlich die Leiterin des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main, Nicole Deitelhoff, man könne zumindest einen Teil der von Russland besetzten Territorien „als internationales Treuhandgebiet“ organisieren – und zwar „mit einer UN-Verwaltung oder einer Treuhandgruppe mehrerer Staaten, die dann die Regierungsgeschäfte übernehmen“.^[12] Dies könne „für einen Zeitraum von 10 oder 15 Jahren geschehen“. Erst danach könne man „über eine dauerhafte Lösung der territorialen Fragen neu verhandeln“. In den von Russland besetzten Territorien – Deitelhoff ließ das unerwähnt – liegen bedeutende Rohstoffvorkommen, darunter solche, die für die Bundesrepublik und die EU von besonderem Interesse sind. 02. Mai, 2025, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9956> ■

[11] Dennis Berger: Warum die Wirtschaft von der Ukraine abhängt. zdf.de 18.10.2024.

[12] „Trumps Friedensplan ist ein Unterwerfungsvertrag“. n-tv.de 23.04.2025.

Kurzinfos

Verteidigungsbereitschaft 2030

Im März 2025 hat die EU-Kommission ihr «Gemeinsames Weißbuch für die europäische Verteidigungsbereitschaft 2030» veröffentlicht. Das Weißbuch wurde vom Europäischen Rat der EU-Staats- und Regierungschefs gebilligt und fordert eine drastische Erhöhung der EU-Militärausgaben um 800 Milliarden Euro, um die EU auf einen Krieg mit hoher Intensität gegen das atomar bewaffnete Russland vorzubereiten. Die Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten sind seit 2021 um mehr als 31 Prozent gestiegen und werden im Jahr 2024 1,9 Prozent des gemeinsamen BIP der EU oder 326 Milliarden Euro erreichen. Die Ausgaben erreichten 2024 ein noch nie dagewesenes Niveau von 102 Milliarden Euro und haben sich damit gegenüber 2021 fast verdoppelt“, heißt es im Weißbuch: People’s news, No. 273: 31. März 2025, www.people.ie Das Weissbuch findet man unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52025JC0120>



Autobahngebühren in Italien und die EU

Wer in Italien die Autobahn benutzen will, muss an den Mautstellen Gebühren bezahlen. Und diese sind vergleichsweise hoch. So kostet etwa eine Fahrt im PKW von Mailand nach Rom und zurück bis zu 100 Euro. Die hohen Autobahngebühren in Italien – der Durchschnittsverdienst einer Angestellten, eines Angestellten beträgt zwischen 1000 und 2000 Euro – hat u.a. mit der Privatisierung der Autobahnen zu tun.

Die Geschichte: Die italienischen Autobahnen wurden ab Ende der 1990er-Jahre privatisiert. Gefördert von der EU rollte damals eine Privatisierungswelle durch Italien. Nicht nur die Autobahnen standen zur Disposition, man diskutierte darüber, auch die Post oder die Bahn zu privatisieren. Damit sollten einerseits Einnahmen für den klammen Staat generiert werden. Andererseits hoffte man, Private würden die trägen staatlichen Unternehmen effizienter führen.

Die Privatisierung: Unter den neuen Besitzern der grössten Autobahnbetreiberin Italiens, der «Autostrade per l'Italia», figurierte etwa die Familie Benetton, die vor allem mit ihren Kleidern bekannt war. Bald gehörte Benetton fast die Hälfte der italienischen Autobahnen. «Diese spülten der Unternehmerfamilie viele Milliarden Euro in die Kasse», wie SRF-Italienkorrespondent Franco Battel es ausdrückt.

Der Unterhalt: Schon bald fragte man sich in der italienischen Bevölkerung, ob die neuen Besitzer auch genügend in den Unterhalt der Autobahnen investierten. «Spätestens ab 2018 wurde diese Frage klar mit Nein beantwortet», sagt der Korrespondent. Damals stürzte die Morandi-Autobahnbrücke in Genua ein. Dabei starben 43 Menschen, Betreiberin des betroffenen Abschnitts war «Autostrade per l'Italia». SRF 4 News aktuell, 5. Mai 2025.

Italien: Streiks gegen Regierung und EU

Italiens Gewerkschaften streiken gegen die Haushaltspolitik Melonis. Die Austeritätspolitik der neofaschistischen Regierung liegt ganz auf der Linie Brüssels.

Rekordverdächtige 622 Streiks fanden 2024 in Italien statt. Sie richteten sich vor allem gegen die Sparpläne der rechtsgerichteten Regierung unter Führung der neofaschistischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Höhepunkt war der Generalstreik Ende November 2024. Betroffen waren vor allem Behörden und Staatsbetriebe, aber auch private Unternehmen. Schwerpunkt der Streiks waren Schulen, Krankenhäuser, der Bahn- und Nahverkehr, die Post. Zudem gingen Zehntausende in italienischen Städten zu Kundgebungen auf die Straße und forderten höhere Löhne und Renten sowie mehr Geld für Gesundheit, Bildung und den öffentlichen Dienst insgesamt. Die EU hatte 2024 die Fiskalregeln wieder – in adaptierter Form – in Kraft gesetzt und gegen acht EU-Mitgliedsstaaten, darunter Italien, ein Verfahren „wegen übermäßigen Defizits“ eröffnet, um das Defizit rasch wieder unter die ominösen drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken.

Seit die rechten Parteien in der Regierung sind, ist die EU-kritische Rhetorik de facto einer Unterwerfung unter Brüssel gewichen. Die Regierung Meloni hat ein 30 Milliarden Euro umfassendes Paket geschnürt, um bis 2026 mit dem Defizit unter die drei Prozent-Marke zu gelangen. Die Rechnung dafür

bezahlen die sozial benachteiligten Gruppen der Gesellschaft, da sie in erster Linie von der Sparpolitik, von den linearen Kürzungen quer durch alle Ministerien – mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums – betroffen sind. Mehr als 14 Milliarden Euro werden in den drei Jahren von 2025 bis 2027 bei den Ministerien, dem Bildungswesen, der Forschung, den Regionen und den lokalen Gebietskörperschaften gekürzt. Besonders hart betroffen ist der Gesundheitsbereich, der in Italien seit langem im Niedergang begriffen ist.

Seit den 90er Jahren hat sich die Zahl der Krankenhausbetten je 1000 EinwohnerInnen von 6,5 auf knapp drei halbiert. Seit 2000 wurde die Zahl der Spitalbetten von 268.000 auf 184.000 reduziert (ein Minus von über 30 Prozent), die Zahl der Krankenhäuser ist seit 2000 von 1320 auf 990 zurückgegangen (ein Minus von 25 Prozent) – trotz wachsender Bevölkerung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Misere im Gesundheitswesen hat die Corona-Krise Italien mit fast 200.000 Toten besonders hart getroffen. Mit der Verschlechterung des öffentlichen Gesundheitswesens boomt der private Gesundheitsmarkt. 46 Milliarden geben die ItalienerInnen, die es sich leisten können, für private Gesundheitsleistungen aus. 4,6 Millionen müssen aufgrund mangelnden öffentlichen Angebots und mangels privater Kaufkraft auf eine Gesundheitsbehandlung verzichten.

Die Währungsunion hat Italien tief getroffen. Stieg bis zur Einführung des Euros um die Jahrtausendwende die italienische Industrieproduktion laufend an, so ist sie seither dramatisch eingebrochen. Mit der Einführung der Währungsunion entfiel der Wechselkurs als Mechanismus, um durch Abwertung der Währung international die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. „Der Euro ist eine darwinistische Währung“, beschrieb der finnische Europaminister Alexander Stubb die Wirkungsweise dieses Konkurrenzmechanismus. Die Währungsunion hat nicht zum Zusammenwachsen Europas geführt, sondern die EU-Staaten in einen brutalen Wirtschaftskrieg hineingetrieben, in dem jene Staaten bzw. deren Industrien sich als Sieger durchsetzen konnten, die am

„erfolgreichsten“ die Lohnkosten senken konnten. Während die deutsche Industrieproduktion seit 2000 um rund 20 Prozent gestiegen ist, sank die italienische um 20 Prozent ab und stagniert auf diesem Niveau.

Da der Wechselkurs als Puffer nicht mehr zur Verfügung steht, um durch Abwertung die Volkswirtschaft zu schützen, steht dem Land nur mehr die „innere Abwertung“ zur Verfügung, das heißt die Senkung von Löhnen und Sozialleistungen. Laut OECD sind die italienischen Reallöhne



zwischen 2010 und 2023 um acht Prozent gesunken. „2000 war Italiens durchschnittlicher Lebensstandard in etwa gleich dem Deutschlands. Aber nach der Einführung des Euros im Jahr 1999 fiel das Land hinter Großbritannien (2002) und Frankreich (2005) wieder zurück. 2010 war das italienische Pro-Kopf-Einkommen mehr als 20 Prozent unter dem Deutschlands. Im Fall Italiens gehen die Einführung des Euros und die ökonomische Stagnation Hand in Hand“, resümieren die beiden gewerkschaftsnahe Ökonomen Philipp Heimberger und Nikolaus Kowall. April 2025, <https://www.solid-arwerkstatt.at/arbeit-wirtschaft/italien-streiks-gegen-regierung-und-eu>

Israels ultrarechte Regierung und die extreme Rechte in Europa

Israels ultrarechte Regierung kooperiert mit der extremen Rechten in Europa und schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht grundsätzlich aus. Berlin hält an bedingungsloser Kooperation mit Israel fest.

Israels ultrarechte Regierung intensiviert ihre Zusammenarbeit mit der extremen Rechten in Europa und schließt auch eine Kooperation mit der AfD nicht grundsätzlich aus. An einer Internationalen Konferenz zum Kampf gegen den Antisemitismus, zu der vergangene Woche Israels Ministerium für Diasporaangelegenheiten eingeladen hatte, nahmen Repräsentanten diverser Parteien der extrem rechten Patrioten für Europa (PFE) teil, darunter etwa Jordan Bardella, Präsident des französischen Rassemblement National (RN). Zuvor hatte der Likud, die Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Beobachterstatus bei den PFE erlangt; Außenminister Gideon Saar hatte Israels Diplomaten unter anderem in Frankreich angewiesen, die Beziehungen zu diversen Parteien der extremen Rechten zu normalisieren. Diese entstammen mehrheitlich dem Milieu alter Antisemiten und stehen häufig in direkter Tradition zu NS-Kollaborateuren. Israels Diasporaminister Chikli erklärt, er „hoffe“, die AfD werde sich von einigen umstrittenen Politikern lösen. Dann sei er bereit, mit ihr zu kooperieren. Mit Netanjahu, der ihn unterstützt, arbeitet die deutsche Regierung sehr eng zusammen.

Unter Beteiligung diverser prominenter Repräsentanten der extremen Rechten in Europa hat am 26. sowie am 27. März in Jerusalem eine Internationale Konferenz zum Kampf gegen den Antisemitismus stattgefunden. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Ministerium für Diasporaangelegenheiten unter Minister Amichai Chikli (Likud); Reden hielten unter anderem Israels Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) und Außenminister Gideon Saar (Neue Hoffnung). Daneben traten der Ex-Ministerpräsident Sloweniens, Janez Janša, der als enger Parteigänger des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán gilt, sowie Jordan Bardella, der Präsident des französischen Rassemblement National (RN), auf. Auf der Rednerliste fanden sich außerdem Marion Maréchal von der extrem rechten französischen Partei Identité-Libertés, Charlie Weimers von den Schwedendemokraten (auch Vizepräsident der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer/EKR im Europaparlament) wie auch drei Abgeordnete der Fraktion der Patrioten für Europa (PFE) im Europaparlament,

Kinga Gál von der Orbán-Partei Fidesz sowie die Vizepräsidenten der PFE-Fraktion Sebastiaan Stöteler von der PVV, der Partei von Geert Wilders, und Hermann Tertsch von der spanischen Partei Vox. Die PFE versammelt Parteien der extremen Rechten, die in Europa noch jenseits der „Brandmauer“ eingeordnet werden. 31. März, 2025, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9929>

Verschmutzer werden bezahlt

Am 26. Februar 2025 wurde eines der Vorzeigeprojekte der Kommission, der „Clean Industrial Deal“ (CID), veröffentlicht. Das Abkommen bricht mit früheren Ambitionen im Bereich der Chemikalien und vertieft das Engagement der EU für falsche Lösungen für die Klimakatastrophe. Einige der umweltschädlichsten Industrien werden Milliarden an staatlichen Beihilfen und Finanzmitteln aus EU-Fonds erhalten, Gesetze werden geändert, um ihrer Agenda zu entsprechen, und die Deregulierung geht so weit, dass kürzlich verabschiedete Gesetze aufgeweicht werden.

Das liegt daran, dass die CID ein „Deal“ ist, der von der Industrie für die Industrie erfunden wurde, einschließlich der schlimmsten Umweltverschmutzer in Europa. Corporate Europe Observatory hat den Plan verfolgt, seit die großen Umweltverschmutzer ihn zum ersten Mal bei einem geschlossenen Treffen zwischen Ursula von der Leyen und dem damaligen Ratspräsidenten de Croo in Antwerpen im Februar 2025 gefordert haben. Die zehn Forderungen der Industrie scheinen alle erfüllt zu sein. Die CID war auch das Ergebnis der „Clean Transition Dialogues“, die von Konzernen, insbesondere Energieunternehmen und der Industrie für fossile Brennstoffe, dominiert wurden.

Jetzt wird die Industrie einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der CID ausüben. Kein Wunder, dass einige von ihnen zu den größten Geldgebern in der Brüsseler Lobbyzene zählen.

Diese Vereinnahmung durch die Unternehmen wird vielfältige – und teure – negative Auswirkungen haben, nicht zuletzt massive Ausgaben für falsche Lösungen für die Klimakrise, selbst wenn die Wetterkatastrophen immer zerstörerischer werden. Das bedeutet, dass der Einsatz von schädlichen Chemikalien weitergehen wird, was mit hohen Kosten für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und die Wirtschaft verbunden ist.

Der Klimawandel-Forscher Pascoe Sabido sagt: "Dieses schmutzige Geschäft kommt zustande, wenn man denjenigen, die reguliert werden, die Verantwortung für die Regulierung überträgt. Die CID leitet öffentliche Gelder und politische Unterstützung an Europas umweltschädlichste Industrien und ihre bevorzugten falschen Klimalösungen weiter. Anstatt aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen und einen gerechten



Übergang zu überwachen, plant die EU, Milliarden in neue Gas-, Kohlenstoffabscheidungs- und Wasserstoffinfrastrukturen zu pumpen, während sie gleichzeitig neue Märkte für Kohlenstoffausgleiche einrichtet und zugunsten der Industrie dereguliert. Dies wird die Öl- und Gasinvestoren weiter bereichern, während die einfachen Menschen zu kämpfen haben." 26. Februar 2025, <https://corporate.europe.org/en/2025/02/polluters-get-paid>

Rahmenabkommen, Geheimniskrämerei und Ständemehr

Nach neun Monaten haben die Schweiz und die EU ihre Verhandlungen bezüglich Rahmenabkommen 2 im Dezember 2024 formell für beendet erklärt. Die Abschlusszeremonie vom 20. Dezember 2025 in Bern mit Ursula von der Leyen und Viola Amherd sollte wohl den Befürwortern helfen, Deutungshoheit bezüglich der Verträge zurückzugewinnen. Um die Texte wurde nämlich viel Geheimniskrämerei inszeniert – mit der fadenscheinigen Begründung, die Verträge müssten noch juristisch im Detail überprüft werden. In der Folge wurden gewissen auserlesenen Personen Zugang zu den Verträgen gewährt. Wegen der anschwellenden Kritik am seltsamen Vorgehen wurde der Kreis der Auserwählten dann erweitert. Über die Gründe dieses merkwürdigen Verhaltens des Bundesrates kann man als Nicht-Insider Bundesberns höchstens spekulieren.

Begleitend ist ein Streit ums Ständemehr entbrannt. Die meisten Befürworter der Verträge sind gegen das Ständemehr, im anderen Lager ist es umgekehrt. Die Befürworter des Ständemehrs berufen sich dabei auf die Demokratie, wobei das Argument unqualifiziert eher unglücklich ist. Es ist offensichtlich, dass das Ständemehr das Prinzip der Gleichgewichtigkeit aller Stimmen missachtet. Andererseits sind qualifizierte Mehrs in Abstimmungsprozeduren bei wichtigen Entscheidungen gang und gäbe: Wichtige Entscheidungen sollen nicht mit einem Zufallsmehr gefällt werden, sondern bedürfen eine stärkeren Unterstützung in der Bevölkerung. Im konkreten Fall würde das Ständemehr die Demokratie in der Schweiz schützen, welche durch das Rahmenabkommen in manchen wirtschaftspolitischen Bereichen faktisch eingeschränkt wird. Interessant an der Debatte ist, dass sich Kritiker des Ständemehrs auf Demokratie berufen, Kritiker, die sonst bezüglich Demokratieabbau im Zusammenhang mit der EU-Integration eher unzögerlich sind. Ihnen mag man die plötzliche demokratische Gesinnung nicht so richtig abnehmen.(pr).

EU-Verträge: Alle Kantone sollen mit einer Stimme sprechen, doch nicht alle wollen

Das EU-Vertragspaket sorgt für föderalistische Unruhe. Die Konferenz der Kantonsregierungen möchte die Vernehmlassung zentralisieren. Doch das wird nicht überall goutiert.

Der Bundesrat wird voraussichtlich vor der Sommerpause die Vernehmlassung zu den Verträgen eröffnen. Dabei geht es vorab um das Vertragspaket selbst, daneben aber auch um die Gesetzesanpassungen, die durch die Übernahme von EU-Recht notwendig werden, und um die flankierenden Massnahmen

vor allem im Bereich des Lohnschutzes. Klar ist: Es handelt sich um ein ausserordentlich umfangreiches Geschäft, die Rede ist von 1400 Seiten, die in die Vernehmlassung geschickt werden. Und das während der Sommerferien.

Es stellt sich die Frage, wie ernsthaft und intensiv sich die Kantone, die Parteien, die Verbände und andere interessierte Kreise mit dem Vertragspaket und den Gesetzesentwürfen in lediglich drei Monaten auseinandersetzen können. Das Tempo ist angesichts der Komplexität der Vorlagen und deren Masse auf jeden Fall sehr sportlich.

Innerhalb der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) weiss man bereits, wie man vorgehen will: Die Vernehmlassung soll schlank und straff gehalten werden. So ist geplant, dass die Kantone eine einzige, gemeinsame Stellungnahme zuhanden des Bundesrats einreichen. Die Kantonsregierungen sollen ihre jeweiligen Positionen lediglich der KdK-Zentrale melden. Möglicherweise wird das KdK-Sekretariat eine Mustervorlage ausarbeiten, um ihnen die Aufgabe zu erleichtern. Die Rückmeldungen der 26 Kantonsregierungen sollen dann, so die Absicht, von der KdK-Zentrale zu einer einzigen Stellungnahme zusammengeschmiedet werden.

Gemäss den Statuten der KdK reicht es, wenn 18 Kantonsregierungen einer Stellungnahme zustimmen. Dies ist das notwendige Quorum, damit die KdK gegenüber dem Bund offiziell im Namen «der Kantonsregierungen» sprechen kann, und dieser kann sich umgekehrt auf die Meinung «der Kantone» berufen.

Wie diese Meinung zustande kommt, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Die KdK legt grössten Wert auf Vertraulichkeit. Was in ihren Plenarversammlungen genau abläuft, ist geheim. Wie es zu einem Resultat kommt, ob abgestimmt wird, welcher Regierungsrat dafür oder dagegen votiert, welche Dynamiken und Zufälle hineinspielen, welche Koalitionen sich unter den Kantonsvertretern bilden – das alles bleibt im Dunkeln. Die Vorgänge in der KdK sind, gelinde gesagt, undurchsichtig.

Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die Kantonsregierungen verhalten und welche von ihnen sich dem Wunsch der KdK-Spitze nach einem geeinten Auftreten anschliessen werden. Namentlich Regierungsräte aus EU-kritischen Kantonen werden sich gut überlegen, ob sie es sich mit Blick auf die heimische Wählerschaft leisten können, einfach im KdK-Chor mitzusingen und auf eine abweichende Position zu verzichten. NZZ, 28. Januar 2025, S. 9



Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. **NZZ:** Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

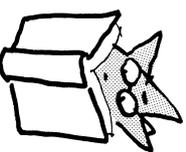
Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, <https://www.solidarwerkstatt.at/>

People's News, www.people.ie, dnr.news, etc.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN



für dezentrale politische Strukturen in Europa

FÜR DIREKTE DEMOKRATIE UND DEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT

für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht

für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitizieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Europa-Magazin, Jupiterstrasse 9/2288, CH-3015 Bern (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5; IBAN: CH67 0900 0000 3001 7465 5)
Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erbringt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-
MAGAZIN

Jupiterstr. 9/2288

3015 Bern

Tel. 0041-31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthery, Christian Jungen,
Andreas Bächli

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumburnn Ventures, CH-2610 Mont-
Solet

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Jupiterstrasse

9/2288, 3015 Bern

Tel. 0041 - 31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: Valmedia AG, 3930 Visp

Auflage: 1400

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 33, Nr. 82, Juni 2025

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. Oktober 2025



<http://www.europa-magazin.ch>

Retouren und Mutationen:
Europa-Magazin
Jupiterstrasse 9/2288
3015 Bern

Post
GVA
CH-3000 Brig
P.P.